

36/BV/081/2021

Beschlussvorlage
öffentlich

Bebauungsplan Nr. 6 der Gemeinde Tützpatz „südlich von Tützpatz“ hier: Entwurf- und Auslegungsbeschluss

| | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|
| <i>Organisationseinheit:</i> Bau, Ordnung und Soziales <i>Verfasser:</i> Kevin Holz | <i>Datum</i> 19.07.2021 <i>Einreicher:</i> |
|----------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------|

| | | |
|--------------------------------------------|-------------------------------------|--------------|
| <i>Beratungsfolge</i> | <i>Geplante Sitzungstermine</i> | <i>Ö / N</i> |
| Gemeindevertretung Tützpatz (Entscheidung) | 28.07.2021 | Ö |

Sachverhalt

Mit Beschluss vom 05.11.2020 hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Tützpatz die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ beschlossen.

Nach den durchgeführten frühzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB erfolgte die Erstellung der Entwurfsunterlagen unter Berücksichtigung der eingegangenen Hinweise und Anregungen.

Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sind der Entwurf des Bebauungsplans einschließlich der Begründung mit Umweltbericht sowie der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen und die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen.

Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.

Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zu Planentwurf und Begründung einzuholen, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann.

Rechtliche Grundlage:

§ 2 Abs. 2 BauGB - Abstimmung mit Nachbargemeinden

§ 3 Abs. 2 BauGB - öffentliche Auslegung

§ 4 Abs. 2 BauGB - Beteiligung der Behörden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Die Personen, die dem Mitwirkungsverbot gem. § 24 KV M-V unterliegen, haben dies eigenverantwortlich anzuzeigen.

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Tützpatz beschließt:

1. Der Planentwurf des Bebauungsplans Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ wird in der vorliegenden Fassung vom Juli 2021 beschlossen. Der Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ mit der Begründung und Umweltbericht einschließlich der wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die beteiligten Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt zu machen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können.
3. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu dem Planentwurf und zu dem Begründungsentwurf einzuholen.

Finanzielle Auswirkungen

| | | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| im lfd. Haushaltsjahr: <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja | | in Folgejahren: <input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> einmalig <input type="checkbox"/> jährlich wiederkehrend | |
| Finanzielle Mittel stehen: | | | |
| <input type="checkbox"/> planmäßig zur Verfügung unter : Produktsachkonto: Bezeichnung: | | <input type="checkbox"/> nicht zur Verfügung (Deckungsvorschlag) Produktsachkonto: Bezeichnung: <input type="checkbox"/> Deckungsmittel stehen nicht zur Verfügung | |
| Haushaltsmittel: | | Haushaltsmittel: | |
| bisher angeordnete Mittel: | | bisher angeordnete Mittel: | |
| Maßnahmesumme: | | Maßnahmesumme: | |
| noch verfügbar: | | noch verfügbar: | |
| Erläuterungen: Die Kosten der Planung trägt der Investor | | | |

Anlage/n

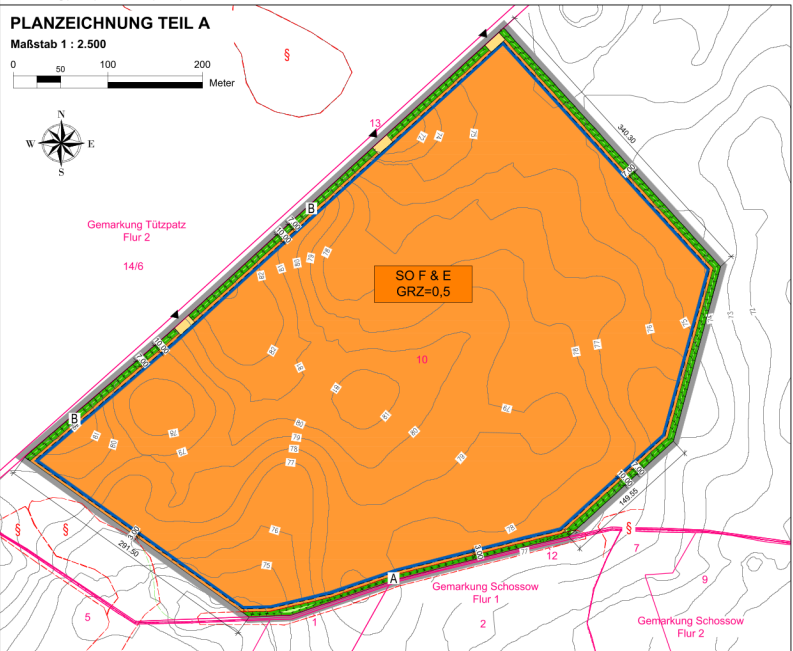
| | |
|---|--------------------------|
| 1 | Planzeichnung öffentlich |
| 2 | Begründung öffentlich |
| 3 | Umweltbericht öffentlich |

SAZUNG DER GEMEINDE TÜTZPATZ ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN NR. 6 "SÜDLICH VON TÜTZPATZ"

Aufgrund des § 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. November 2017 (BGBl. I S. 3634) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 6 "südlich von Tüztatz" der Gemeinde Tüztatz, bestehend aus der Planzeichnung (TEIL A) und dem Text (TEIL B) erlassen:

PLANZEICHNUNG TEIL A

Maßstab 1 : 2.500



Hinweis

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 DstG M - V (GVBl. M - V Nr. 1 vom 14.01.98, S. 12 ff) die untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Entretren des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich hierfür sind der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist im Plan im Maßstab 1:2.500 dargestellt und beläuft sich auf eine Fläche von etwa 25 ha. Der Planraum erstreckt sich südlich von Tüztatz, auf eine Teilfläche des Flurstücks 10 der Flur 2 in der Gemarkung Tüztatz.

Plangrundlage

Auszug aus dem Liegenschaftskataster des Kataster- und Vermessungsamtes für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte vom Oktober 2020.

TEXT - TEIL B

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß § 9 BauGB

- Art und Maß der baulichen Nutzung** § 9 Abs. 1 BauGB
1.1.1 Das sonstige Sondergebiet „Food & Energy“ dient gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO der Unterbringung von Wirtschaftsteilen eines gewerblichen Tierhaltungsbetriebes. Innerhalb des sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“ sind Anlagen und Einrichtungen zur Haltung von bis zu 6.000 Freiland-Legehennen sowie die dem Tierhaltungsbetrieb zugeordneten Nebenanlagen und Zäune zulässig. Zur Überschreitung der Ausläufigkeiten sind Modultische mit Solaranlagen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Wechselsticker, Trafostationen, Anlagen für die Energieerzeugung und -verteilung bis zu einem untergeordneten Flächenanteil des sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“ von 45 % zulässig.
- Die maximale Höhe baulicher Anlagen wird auf 4,0 m begrenzt. Als unterer Bezugspunkt gelten die innerhalb der Planzeichnung Teil A festgesetzten Höhen in Meter über NHN im Bezugssystem DHHN 2016 als vorhandenes Gelände.
- Die maximale Grundflächennzahl ist für das sonstige Sondergebiet „Food & Energy“ auf 0,5 begrenzt. Abweichend von § 19 Abs. 4 S. 2 BauNVO darf die zulässige Grundflächennzahl nicht überschritten werden.
- Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft** § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
1.2.1 Die mit A festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Feldgehölz zu erhalten.
- Die mit B festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Sichtschutzhecken heimischer und standorttypischer Sträucher zu entwickeln.

Planzeichenerklärung

1. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenerklärung - PlanZV vom 18.12.1996, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057))

- Art der baulichen Nutzung** § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
SO F & E Sonstiges Sondergebiet § 11 Abs. 2 BauNVO
Zweckbestimmung: „Food & Energy“
- Maß der baulichen Nutzung** § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB
GRZ=0,5 Grundflächennzahl in Meter über NHN im amtlichen Höhenbezugssystem DHHN2016 als unterer Höhenbezugspunkt
- Baugrenzen** § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB
Baugrenze
- Verkehrflächen** § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
private Straßenverkehrsfläche
Ein- und Ausfahrt
- Grünflächen** § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
private Grünflächen
- Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft** § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
A / B Bezug zu textlichen Festsetzungen Nr. 1.2
- Sonstige Planzeichen** § 9 Abs. 7 BauGB
Grenze des räumlichen Geltungsbereichs

II. Darstellung ohne Normcharakter

- 3,00 Bemäuerung in Meter
- 14,6 Gemarkungsgrenze
- 14,6 Kataster

III. Nachrichtliche Übernahme

- (S) gesetzlich geschütztes Biotope § 9 Abs. 6 BauGB i. V. m. § 20 NatSchAG - MV

Verfahrensmerkmale

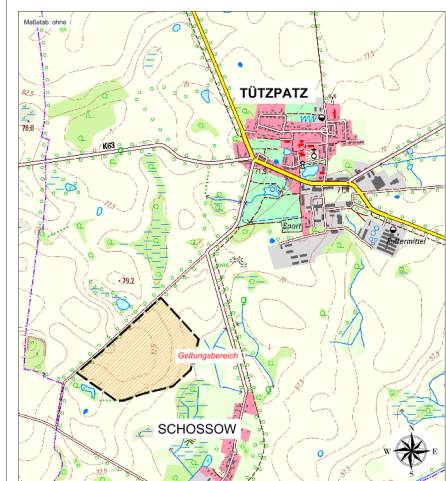
- Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lägerigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass die Prüfung auf Grundlage der Flurstücke nur grob erfolgte. Regressansprüche können hieraus nicht abgeleitet werden.
- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom Die örtliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte entsprechend der Hauptatzung der Gemeinde Tüztatz am den Seigel Öffentlich bestellter Vermesser
- Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 des Gesetzes über die Raumordnung und Landesplanung des Landes MV (LPNG) beauftragt worden.
Die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte in Form einer öffentlichen Auslegung vom bis zum
Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 1 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Die Gemeindevertretung hat am den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Der Entwurf des Bebauungsplans bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) einschließlich Begründung mit dem Umweltbericht, haben in der Zeit vom bis während der Dienststunden im Amt Treptower Tolleneswinkel, Rathausstraße 1 in 17087 Altentreptow sowie im Internet auf der Homepage des Amtes Treptower Tolleneswinkel <https://www.alt-altentreptow.de>, nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, am im Amtlichen Mitteilungsblatt des Amtes Treptower Tolleneswinkel dem "Anskurier" bekannt gemacht worden.
- Die Gemeindevertretung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Der Bebauungsplan bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) wurde am von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluss der Gemeindevertretung vom gebilligt.
- Die Genehmigung der Satzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde mit Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde vom AZ mit Auflagen, Nebenbestimmungen und Hinweisen erteilt.
Gemeinde Tüztatz, den Seigel Der Bürgermeister
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.
Gemeinde Tüztatz, den Seigel Der Bürgermeister
- Die Satzung des Bebauungsplans, sowie die Stelle bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am örtlich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung und Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 214 i. BauGB) und weiter Fälligkeit und Erschöpfung von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 KV M-V hingewiesen worden. Die Satzung ist am in Kraft getreten.
Gemeinde Tüztatz, den Seigel Der Bürgermeister

Rechtsgrundlagen

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- BauNutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- Planzeichenerverordnung (PlanZV) 90 i. d. F. vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBO MV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2019 (GVBl. M-V S. 682)
- Kommunalarverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Kommunalarverfassung - KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVBl. M-V 2011, S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVBl. M-V S. 407)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009, BGBl. I S. 2542, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020)
- Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23.02.2010 (GVBl. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVBl. M-V S. 221, 228)
- Hauptatzung der Gemeinde Tüztatz in der aktuellen Fassung

Übersichtskarte

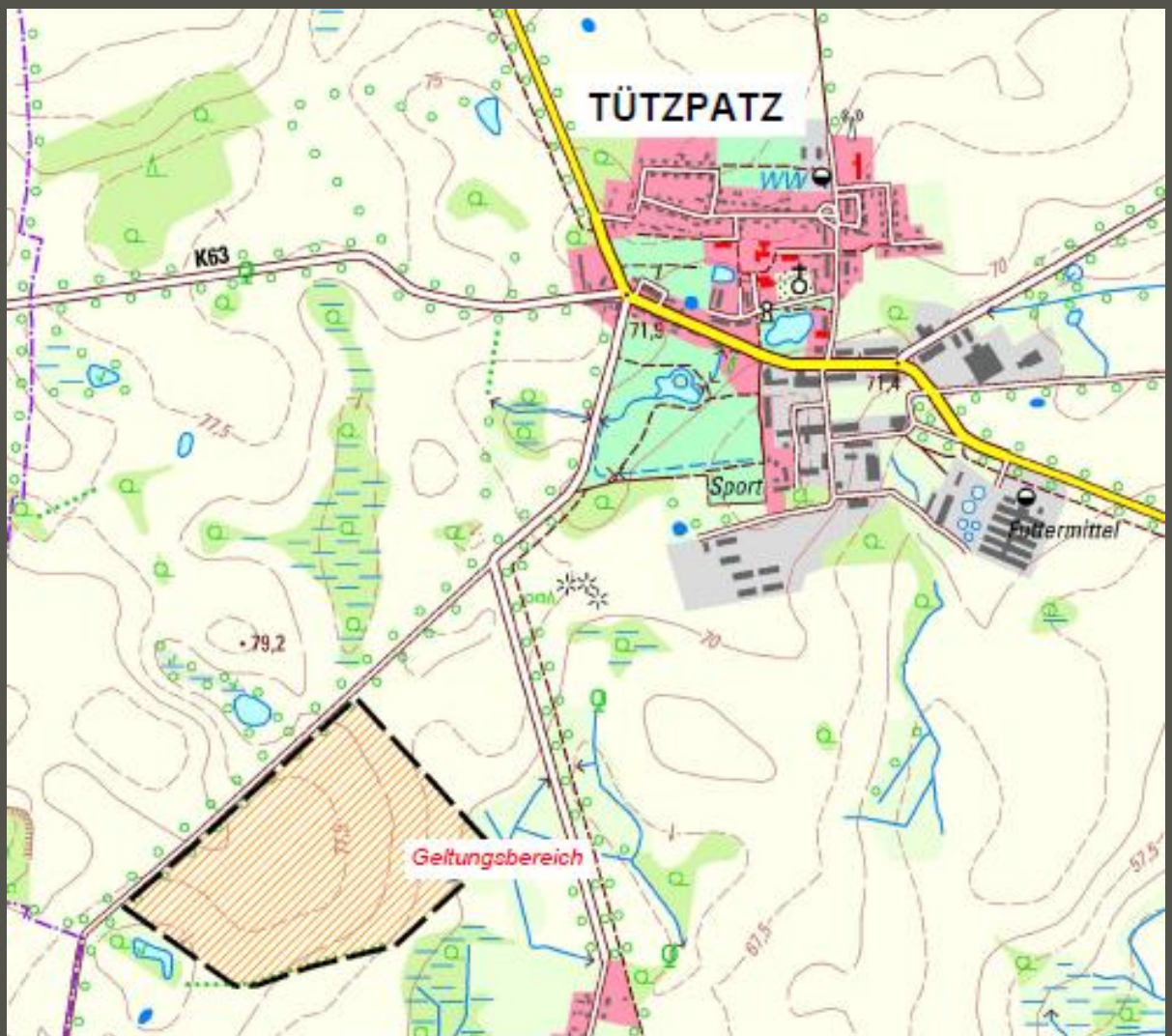
DTK 10 aus dem Digitalen Basis-Landschaftsmodell des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystem (ATKIS-Basis-OLM), Landesvermessungsamt Mecklenburg-Vorpommern 2020



Bebauungsplan Nr. 6 der Gemeinde Tüztatz "südlich von Tüztatz"

Gemeinde Tützpatz

Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“



Begründung
Juli 2021

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------|
| 1. | AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND PLANUNGSANLASS | 3 |
| 2. | GRUNDLAGEN DER PLANUNG | 6 |
| 2.1 | Rechtsgrundlagen | 6 |
| 2.2 | Planungsgrundlagen | 6 |
| 3. | RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH | 6 |
| 4. | BESCHAFFENHEIT DES PLANUNGSRAUMES | 7 |
| 5 | VORGABEN AUS ÜBERGEORDNETEN PLANUNGEN | 8 |
| 6. | INHALT DES BEBAUUNGSPLANES | 14 |
| 6.1 | Städtebauliches Konzept | 14 |
| 6.2 | Art und Maß der baulichen Nutzung | 15 |
| 6.3 | Maßnahmen und Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft | 19 |
| 6.4 | Örtliche Bauvorschriften | 19 |
| 6.5 | Umweltprüfung | 20 |
| 6.4 | Verkehrskonzept | 21 |
| 7. | IMMISSIONSSCHUTZ | 22 |
| 8. | WIRTSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUR | 23 |
| 8.1 | Energie-, Wasserver- und Entsorgung | 23 |
| 8.2 | Gewässer | 23 |
| 8.3 | Telekommunikation | 23 |
| 8.4 | Abfallrecht | 24 |
| 8.5 | Brandschutz | 24 |
| 9. | DENKMALSCHUTZ | 25 |
| 9.1 | Baudenkmale | 25 |
| 9.2 | Bodendenkmale | 25 |
| 10. | EINGRIFFS- UND AUSGLEICHSBILANZIERUNG | 26 |
| 11. | Umweltbericht | als gesonderter Teil der Begründung |

1. AUFSTELLUNGSBESCHLUSS UND PLANUNGSANLASS

Für die Gemeinde Tützpatz hat die historische Schlossanlage mit Gutshof und Park eine besondere Bedeutung. Das Gut befand sich bis 1775 im Besitz der Familie von Maltzahn. In den Folgejahren ließ der neue Besitzer Carl Friedrich von Linden auf dem Grundstück ein Herrenhaus im Stil des holländischen Barocks errichten. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zerstörte ein Brand das Gutshaus, wobei große Teile der Außenmauern erhalten blieben. Unter Albrecht von Heyden-Linden erfolgte zeitnah der originalgetreue Wiederaufbau des Schlosses.

Mit der Enteignung 1945 wurde das Gutshaus in verschiedene Wohneinheiten unterteilt. Darüber hinaus wurde es als landwirtschaftliche Berufsschule und agrarökonomisches Institut umgenutzt. Auch die Verwaltung des Volkseigenen Gutes (VEG) Tützpatz hatte hier ihren Sitz.

Das Gebäude steht als Einzeldenkmal unter Denkmalschutz (DM-1102-1). Auch der Schlosspark, der Marstall mit Reithalle, das Wirtschaftsgebäude von 1765 neben dem Marstall und der Geflügelstall sind als Baudenkmale eingetragen.

Der bauliche Zustand hat sich nach der politischen Wende 1989 zusehends verschlechtert, so dass Vandalismus- und Feuchtigkeitsschäden sowie unterlassene Pflege und Bewirtschaftung zu starken Schädigungen geführt haben.

Sowohl am Schloss Tützpatz als auch an den einzelnen Nebengebäuden sind durch den neuen Eigentümer in den kommenden Jahren umfangreiche Sanierungsmaßnahmen geplant, um die wertvolle historische Bausubstanz zu sichern und vor dem unmittelbar bevorstehenden Totalverlust zu retten (Schwammbe-fall).

Neben der baulichen Sanierung und der Reaktivierung von Park und Gutspark soll sich das Schloss Tützpatz zum kulturellen Schwerpunkt auch über die Gemeindegrenzen hinaus entwickeln.

Um das Schloss mit neuem Leben zu füllen, soll hier unter anderem ein „Forum für Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und sinnvolle Klimapolitik“ etabliert werden.

Für die Phase der Renovierungszeit werden kulturelle Veranstaltungen, insbesondere Konzerte der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern sowie Kunstausstellungen mit namhaften Künstlern in Zusammenarbeit mit der Stiftung Kunst und Kultur in Bonn durchgeführt.

Die Finanzierung stützt sich auf zwei wesentliche Säulen. Einerseits sind Bundes- und Landesmittel im Rahmen des Programms „Anlage von nationaler Bedeutung“ eingeplant.

Einen zweiten wichtigen Baustein bilden die Eigenmittel des neuen Eigentümers. Zur Generierung dieser Eigenmittel soll im Vorgriff auf das geplante „Forum für Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und sinnvolle Klimapolitik“ ein einzigartiges Projekt umgesetzt werden. Im Sinne regionaler Wertschöpfungsansätze und einer angestrebten bodengebundenen Veredelung in der Landwirtschaft ist eine neuartige Kombination der Produktion von Bioeiern sowie der Erzeugung erneuerbarer Energien geplant.

Dazu sollen die in den Geltungsbereich eingeschlossenen Flächen nicht der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden. Das Nutzungskonzept sieht im Rahmen der Diversifizierung der Landwirtschaft eine Freiland-Legehennenanlage vor, die abweichend von bisherigen Standards der Legehennenhaltung in Deutschland ausschließlich mit Mobilställen und Wechselweiden arbeitet.

Der vorliegende Bebauungsplan greift korrespondierend mit dem Bebauungsplan Nr. 4 „südwestlich von Tützpatz“ drei Problemfelder auf.

Die Eierproduktion der Freiland-Legehennenhaltung sowie der „Bio“-Freiland-Legehennenhaltung decken derzeit lediglich etwa 50 % des Bedarfs im deutschen Markt ab. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll also ein wichtiger Beitrag zur regionalen Versorgungssicherheit für stark nachgefragte Freiland-Eier geleistet werden.

Erfahrungsgemäß steht die Legehennen-Freilandhaltung regelmäßig vor dem Problem, dass die Tiere ohne Schutz- und Leiteinrichtungen nur einen geringen Anteil der zur Verfügung stehenden Auslauffläche nutzen. Dass die stallnahen Bereiche bis ca. 20 m bevorzugt genutzt werden, liegt in dem natürlichen Angstverhalten der Tiere begründet. Schutzeinrichtungen vor Prädatoren aus der Luft auf den entfernt liegenden Teilen des Auslaufes können dazu beitragen, dass die weiter entfernt liegenden Auslaufbereiche intensiver genutzt werden und so eine höhere Verteilungshäufigkeit auf den stallfernen Ausläufen erreicht wird.

Dazu sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen als Schutz- und Leiteinrichtungen mit einem untergeordnetem Flächenanteil von etwa 45 % in das Auslaufkonzept integriert werden. Neben dem Schutz vor Prädatoren bieten die Solarmodule die Möglichkeit der flächensparenden Erzeugung erneuerbarer Energien ohne Nutzungskonkurrenz zur Landwirtschaft.

Gesetzlich vorgeschrieben sind 4 m² Auslauf je Hennenplatz für die Freiland-Legehennenhaltung. Erfahrungsgemäß kommt es in den stallnahen Bereichen zu einer erhöhten Konzentration an Stickstoff, der über den Bodenpfad in Grund- und Schichtenwasser ausgewaschen werden könnte. In dem nun geplanten agrosolaren Modellprojekt wird die Auslauffläche so gestaltet, dass Wechselläufe je nach Nutzungsintensität der Hennen jederzeit zur Verfügung stehen.

Vorliegend können bis zu vier Mobilställe in Nord-Süd-Ausrichtung angeordnet und bewegt werden. Die Auslaufflächen erschließen sich somit ausgehend von den Bewegungstrassen der Mobilställe in östliche und westliche Richtung.

So ist es in der Betriebsführung der Legehennenanlage innerhalb eines festzulegenden Rhythmus möglich, die zur Verfügung stehenden Auslaufflächen effektiv und getrennt voneinander zu nutzen.

Entsprechend ist sichergestellt, dass sich die Vegetationsdecke regelmäßig regenerieren kann. Der anfallende Stickstoff konzentriert sich so nicht in den stallnahen Bereichen. Er kann pflanzenverfügbar im gesamten Auslaufbereich verwertet werden.

Der Eigentümer der in den Geltungsbereich einbezogenen Fläche hat als Landwirt deutlich gemacht, dass die mit dem Bebauungsplan zulässige Form einer naturverträglichen Legehennenhaltung mittelfristig als Alternative für seinen im Gemeindegebiet ansässigen konventionellen Tierhaltungsbetrieb der Ferkelaufzucht und Schweinemast anzusehen sein könnte.

Da sich der Geltungsbereich des Bebauungsplans sowohl nach dem LEP M-V 2016 als auch nach dem RREP MS 2011 innerhalb eines Vorbehaltsgebietes Landwirtschaft befindet, wird den Belangen der Landwirtschaft als auch der Erzeugung erneuerbarer Energien im besonderen Maße Rechnung getragen.

Weil zu diesem neuartigen Ansatz der Diversifizierung der Landwirtschaft bisher keine Referenzen und Erfahrungen bestehen, können mit der Umsetzung des Bebauungsplans neue positive Ansätze für eine umwelt- und klimafreundliche Tierhaltung mit einer besonderen Bedeutung für die Land- und Energiewirtschaft erforscht werden. Hierzu haben die beteiligten Projektpartner ihre Unterstützung zugesichert.

Das im Schloss Tützpatz geplante „Forum für Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und sinnvolle Klimapolitik“ könnte damit erstmals und mit deutschlandweiter Bedeutung Lösungsansätze für einen ökologisch verträgliche Freiland-Legehennenhaltung bereitstellen.

Insofern und mit Verweis auf die überregionale Bedeutung der Schlossanlage Tützpatz hat die Gemeinde in ihrer Sitzung am 05.11.2020 unter Wahrnehmung ihrer gesetzlich geregelten Planungshoheit die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ beschlossen.

Formuliertes Planungsziel ist die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“, wobei der Schwerpunkt auf der Bioeierproduktion liegt.

2. Grundlagen der Planung

2.1 Rechtsgrundlagen

- **Baugesetzbuch** (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Baunutzungsverordnung** (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Planzeichenverordnung** (PlanZV 90) i. d. F. vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)
- **Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern** (Kommunalverfassung - KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Juli 2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBl. MV S. 467)
- **Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege** (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009, BGBl. I S. 2542, zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020)
- **Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes** (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) vom 23.02.2010 (GVOBl. M-V S. 66), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVOBl. M-V S. 221, 228)
- **Hauptsatzung der Gemeinde Tützpatz** in der aktuellen Fassung

2.2 Planungsgrundlagen

- Auszug aus dem Liegenschaftskataster des Kataster- und Vermessungsamtes für den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte vom Oktober 2019.

3. Räumlicher Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans ist im Plan im Maßstab 1:2.500 dargestellt und beläuft sich auf eine Fläche von rund 25 ha. Er erstreckt sich südwestlich von Tützpatz auf eine Teilfläche des Flurstücks 10, der Flur 2 in der Gemarkung Tützpatz.

4. Beschaffenheit des Planungsraumes

Der Planungsraum wird durch einen mit Betonplatten befestigten, öffentlich nutzbaren Wirtschaftsweg als südliche Grenze des Geltungsbereiches erschlossen.

Überplant werden ausschließlich Ackerflächen, die als solches auch weitestgehend intensiv bewirtschaftet werden. Die hier vorhandenen Sandböden sind durch ein mittleres landwirtschaftliches Produktionsvermögen mit durchschnittlich 35 Bodenpunkten, ein mittleres Speichervermögen und mäßige Versickerungseigenschaften gekennzeichnet.

Gesetzlich geschützte Biotope oder Gehölzflächen werden nicht als Sondergebiet überplant.

Das südwestlich gelegene Kleingewässer sowie der uferbegleitende Gehölzbestand werden als gesetzlich geschützter Biotopkomplex erhalten.

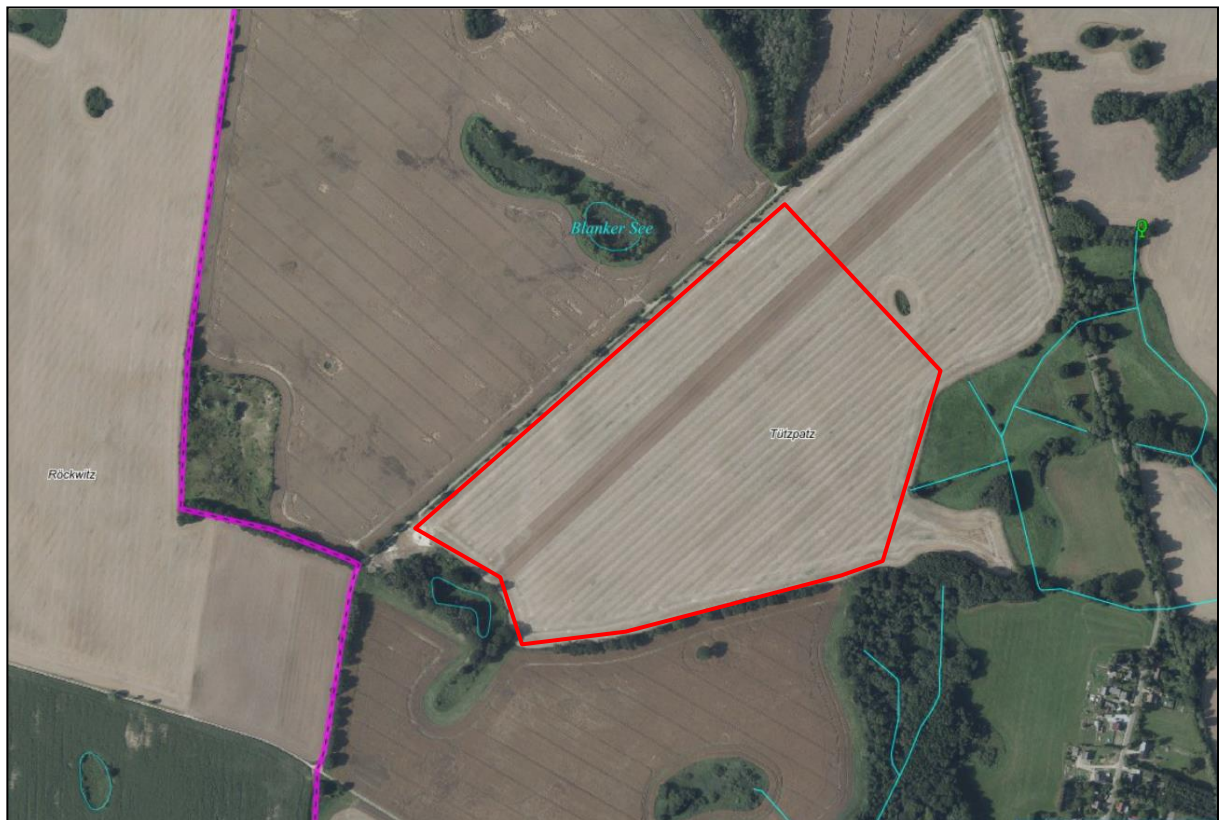


Abbildung 1: Blick auf den Planungsraum, Luftbild
<https://www.geoportal-mv.de/gaia/gaia.php>

Das nächstgelegene FFH-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ befindet sich etwa 1.100 m westlich des Geltungsbereiches.

5. Vorgaben aus übergeordneten Planungen

Bauleitpläne unterliegen den **Zielen und Grundsätzen der Raumordnung**. Dabei sind die einzelnen Bundesländer gebunden, übergeordnete und zusammenfassende Pläne oder Programme aufzustellen.

Für Planungen und Maßnahmen der Gemeinde ergeben sich die Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung aus den folgenden Rechtsgrundlagen:

- **Raumordnungsgesetz** (ROG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2808)
- **Landesplanungsgesetz** (LPIG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 5. Mai 1998 (GVObI. M-V S. 503), letzte berücksichtigte Änderung: § 15 geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVObI. M-V S. 221, 228)
- Landesverordnung über das **Landesraumentwicklungsprogramm** Mecklenburg-Vorpommern (LEP-LVO M-V) vom 27. Mai 2016
- Landesverordnung über das **Regionale Raumentwicklungsprogramm** Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS-LVO M-V) vom 15. Juni 2011

Im Verlauf des Aufstellungsverfahrens ist die Vereinbarkeit mit den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung zu prüfen. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 ROG.

Nach § 3 Nr. 6 ROG sind solche Vorhaben, die die räumliche Entwicklung und Ordnung eines Gebietes beeinflussen, als raumbedeutsam zu beurteilen. In diesem Zusammenhang entscheiden also die Dimension der geplanten Photovoltaikanlage, die Besonderheit des Standortes sowie die vorhersehbaren Auswirkungen auf gesicherte Raumfunktionen die Raumbedeutsamkeit.

Gemäß geltender Rechtsprechung trifft das regelmäßig dann zu, wenn infolge der Größe des Vorhabens Auswirkungen zu erwarten sind, die über den unmittelbaren Nahbereich hinausgehen (Raumbeanspruchung, Raumbeeinflussung).

Nach **Programmsatz 3.3.1(2) LEP M-V 2016** sollen die Ländlichen Räume so gesichert und weiterentwickelt werden, dass sie u. a.

- einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden,
- dass in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe bewahren,
- die Basis einer bodengebundenen Veredelungswirtschaft bilden.

In der Begründung hierzu heißt es,

... kommt es darauf an, in Ländlichen Räumen nachhaltige Strukturen zu schaffen, mit denen dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse absehbar schwieriger werden, regionale Wertschöpfung generiert werden kann.

Neben traditionellen Erwerbsquellen (Handwerk, Land- und Forstwirtschaft etc.) kommt dabei dem Tourismus, zunehmend auch der Energieerzeugung, eine maßgebliche Rolle zu. Die in Deutschland eingeleitete Energiewende bietet die Chance, auch dort, wo es ansonsten nur geringe wirtschaftliche Entwicklungspotenziale gibt, am Wirtschaftskreislauf teilzunehmen. ...

Der vorliegende Bebauungsplan sichert die im Programmsatz 3.3.1(2) zusammengefassten raumordnerischen Zielstellungen gleichermaßen. Die Gemeinde Tützpatz geht davon aus, dass die mit der Umsetzung des Bebauungsplans eintretenden Entwicklungen Modellcharakter für die Stärkung des ländlichen Raumes in einer Strukturschwachen Region haben können.

So dient insbesondere der optimierten Gestaltung der Grünausläufe erstmals eine witterungsunabhängige Möglichkeit, dass auch die entfernt einbezogenen Ausläufflächen gleichmäßig durch die Legehennen genutzt werden können.

Gleichzeitig gewährleistet man damit den größtmöglichen Schutz des Bodenwasserhaushaltes vor nicht pflanzenverfügbaren Nährstoffeinträgen.

Erst die Kombination mit der Energieerzeugung aus solarer Strahlungsenergie bildet die Basis einer bodengebundenen Veredelungswirtschaft ohne einen Flächenentzug für die Landwirtschaft. Die Belange der Landwirtschaft werden im Sinne der Festlegungen des Landesraumentwicklungsprogramms und des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Mecklenburgische Seenplatte als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft im besonderen Maße berücksichtigt.

Die Gewinnung erneuerbarer Energien trägt zusätzlich dazu bei, dass die Legehennenhaltung CO₂-neutral umgesetzt werden kann. Die Energieüberschüsse sollen im Sinne des **Programmsatzes 5.3 (1) LEP M-V 2016** in das öffentliche Netz eingespeist werden und damit eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung absichern.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt gemäß **4.5 (3) LEP M-V 2016** in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. In diesem soll dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden.

Der in Rede stehende Bebauungsplan stellt in diesem Sinne sicher, dass eben kein landwirtschaftlicher Flächenentzug stattfindet, sondern vielmehr der Landwirtschaft in seinen Diversifizierungsmöglichkeiten substanziell Raum verbleibt, auch wenn die Energieerzeugung als ergänzende Nutzung möglich ist.

Der Bebauungsplan berücksichtigt die tierartspezifischen und verhaltensbedingten Bedürfnisse über den aktuellen Standard der Freiland-Legehennenhaltung als gute fachliche Praxis der Landwirtschaft hinaus.

Gleichzeitig können die aus der Energieerzeugung erwirtschafteten Einnahmen anteilig der Sanierung und Inwertsetzung des Schlosses Tützpatz zugeführt werden. Der Bebauungsplan leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Bewahrung des in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägten kulturellen Erbes.

Flächennutzungsplan

Der Flächennutzungsplan (FNP) dient als behördeninternes Handlungsprogramm einer Gemeinde. Beispielsweise bildet der Flächennutzungsplan den rechtlichen Rahmen, welcher durch das Entwicklungsgebot des § 8 Abs. 2 S. 1 BauGB bestimmt ist. Die Gemeinde Tützpatz verfügt über einen genehmigten und wirksamen Flächennutzungsplan. Dieser stellt den Geltungsbereich des Bebauungsplans als Fläche für die Landwirtschaft dar. Die geplante Festsetzung als sonstiges Sondergebiet lässt sich daraus nicht entwickeln.

Entsprechend wird auf das Verfahren zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Tützpatz verwiesen. Die Änderung des Flächennutzungsplans erfolgt im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB.

Vorgaben des Fachrechtes

Vermeidung und Minimierung von Stickstoffeinträgen

Einwendungen der anerkannten Naturschutzverbände im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Freiland-Legehennen zielen regelmäßig darauf ab, dass der Nutzungsgrad der Auslaufflächen und der draus resultierende Nährstoffeintrag in den Boden-Wasser-Haushalt sehr differenziert zu betrachten sei.

So geht man davon aus, dass der stallnahe Bereich des Freilandauslaufes deutlich intensiver genutzt wird, als entfernter liegende Auslaufflächen. Insbesondere für stationäre Stallgebäude wird durch die hohe Nutzungsdichte unterstellt, dass sich im stallnahen Bereich keine geschlossene Vegetationsdecke ausbilden kann und darüber hinaus hier etwa 70 % des im Freilandauslauf zu erwartenden Kotanfalls abgelagert wird. Durch die fehlende Vegetationsdecke würden die Nährstoffe weder pflanzenverfügbar entzogen noch im Boden gebunden werden können.

Dieser Sachverhalt hätte zur Folge, dass es in den stallnahen Bereichen insbesondere durch Niederschläge zu erhöhten Auswaschungen in den anstehenden Boden-Wasser-Haushalt kommen würde.

Die Einwender nehmen an, dass damit von diesen Flächen eine Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen sei.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen lassen sich jedoch weder eine räumliche Abgrenzung des gefährdeten stallnahen Bereiches noch die tatsächlich zu erwartende Menge des unterstellten Nährstoffeintrages im stallnahen Bereich exakt bestimmen.

Vorliegend sollen im Sinne des vorbeugenden Schutzes des Grundwassers die mit dem Nährstoffeintrag in den Boden (Kot der Hennen) verbundenen möglichen Auswirkungen bereits auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Schon die Gestaltung der Auslauffläche mit Leiteinrichtungen und Schutzeinrichtungen kann zu einer Veränderung des Nutzungsverhaltens bzw. zur Minderung von Nährstoffkonzentrationen innerhalb der Auslauffläche führen.

Ziel ist die Vermeidung von schädlichen Bodenveränderungen im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), d. h. Beeinträchtigungen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen, sollen vermieden werden.

Gemäß § 48 Wasserhaushaltsgesetz dürfen Stoffe nur so gelagert oder abgelagert werden, dass eine nachhaltige Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

Die Einwender gehen in Anlehnung an die EG-Nitratrichtlinie davon aus, dass für die Auslaufflächen Nährstoffe nur so aufgebracht werden dürfen, dass die aufgebrachte Menge an Gesamtstickstoff im Durchschnitt 170 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr nicht überschreitet.

Sofern sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers auswirken könnte, muss der Focus für das vorliegende Vorhaben in der Vermeidung von Stoffeinträgen in den stallnahen Auslaufbereichen liegen. Damit sollen insbesondere nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit, wie Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Grundwassers verhindert werden (vgl. § 3 Nr. 9 WHG).

Ausgehend von unterschiedlichen Studien ergibt sich für den stallnahen Bereich im Vergleich zur gesamten Auslauffläche ein verhältnismäßig hoher Nährstoffanteil. Allerdings lässt sich weder aus der Gesetzgebung noch aus der Rechtsprechung eine Definition des stallnahen Bereiches herleiten. Es gibt resultierend keine belastbaren Erkenntnisse zur tatsächlichen Verteilung von Nährstoffeinträgen innerhalb des Auslaufes von Legehennen.

Bisherige Untersuchungen zu diesem Sachverhalt konzentrierten sich auf kleine Herden. Da sich insbesondere das Auslaufverhalten von Hennen in großen Herden erheblich von dem in kleinen Herden unterscheidet, wurden im Rahmen des Projektes „Optimierung der Freilandhaltung von Legehennen in der Praxis“ (EU und Land Niedersachsen, 2001-2004) u.a. die Aufenthaltshäufigkeiten der Hennen in bestimmten Auslaufabschnitten sowie die standortspezifischen Einflüsse auf das Auslaufverhalten bei Herdengrößen von 1.450 bzw. 4.500 Hennen untersucht.

Eine Übertragbarkeit auf größere Herdengrößen, die regelmäßig auch in der konventionellen Freiland-Legehennenhaltung zur Anwendung kommen, gibt es bisher nicht. Der in Rede stehende Bebauungsplan bietet im Rahmen eines Forschungsansatzes nun die Möglichkeit, entsprechende Monitoring-Ergebnisse für bis zu 6.000 Tierplätze zu liefern.

Basierend auf Erfahrungswerten der Freiland-Legehennenpraxis und den vorliegenden Literaturangaben wird für den stallnahe Bereich von 0 m bis 17 m ein hoher Nährstoffanfall angenommen. Im stallfernen Bereich ist dagegen kaum noch mit nennenswerten Nährstoffeinträgen durch die Hennen zu rechnen.

Das in Rede stehende Projekt bietet durch eine anteilige Überdachung der Auslaufflächen mit Photovoltaikanlagen die Möglichkeit, dass die Tiere geschützt vor Prädatoren aus der Luft, den stallnahen Bereich häufiger verlassen. Der unterhalb der Module anfallende Kot wird kaum Niederschlagsinflüssen ausgesetzt und folglich nicht in den Boden ausgewaschen werden kann.

Je nach Nutzungsintensität werden die zur Anwendung kommenden Mobilställe zu den Wechselläufen bewegt, um dauerhaft eine nährstoffverwertende Vegetationsdecke zu erhalten.

Im Vergleich zu konventionellen Anlagen sind so keine zusätzlichen Auslaufbefestigungen aus Beton, Kies, Vlies oder eine Bearbeitung des Bodens bzw. ein regelmäßiges abgetragen des Kotes notwendig.

Sowohl die Überdachung als auch die Befestigung und die hohe Variabilität der Mobilställe verhindern wirksam Nährstoffeinträge in den Auslaufflächen.

Dass sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers und damit auf die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens auswirken könnte, wird damit sicher unterbunden.

6. Inhalt des Bebauungsplans

6.1 Städtebauliches Konzept

Das städtebauliche Konzept ist auf neue positive Ansätze für eine umwelt- und klimafreundliche Land- und Energiewirtschaft ausgelegt.

Die Festsetzungssystematik umfasst eine innovative Idee aus dem Bereich der aufkommenden Agro-Photovoltaik, für die es bisher keine belastbaren Referenzen gibt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass mit der Freiland-Legehennenhaltung kein Entzug landwirtschaftlicher Produktionsflächen einher geht.

Das Huhn ist von seiner Herkunft her ein Fluchttier und lebte früher in Wäldern. Droht Gefahr, läuft es in einen geschützten Bereich. Erstmalig bietet sich durch die anteilige Überschirmung mit Solarmodulen ein nahezu vollständiger Schutz für den gesamten Grünauslauf.

Das Konzept erfüllt damit alle bisher bekannten entwicklungsbedingten, physiologischen und ethologischen Bedürfnissen der Tiere, denn eine gute Strukturierung der Ausläufe für das Wohlbefinden von Legehennen im Außenbereich sehr wichtig.

Um aber das Überwiegen der landwirtschaftlichen Nutzung (hier Legehennen-Freilandhaltung) in Anlehnung an die Vorgaben des § 201 BauGB zu gewährleisten, wird der Flächenanteil der Photovoltaiknutzung auf 45 % der Sondergebietsfläche beschränkt.

Weiterhin wird die Planung weitreichende Anforderungen des Boden- und Grundwasserschutzes erfüllen, denn im Vergleich zur bisherigen Genehmigungspraxis für Freiland-Legehennen wird mit dem vorliegenden Konzept der Wechselläufe durch die Mobilställe mehr Platz für die Hühner gesichert. Mögliche Beeinträchtigungen für Boden und Grundwasser werden damit weitestgehend minimiert.

Mit Verweis auf die Mitigation des Klimawandels dienen die Modulplatten nicht nur dem Schutz der Hühnerausläufe. Mit der durch die Module eintretenden Verschattung der Vegetationsoberfläche wird ebenfalls die Verdunstungsrate der anstehenden Böden gesenkt. Das verbesserte Halten von Feuchtigkeit im Boden beeinflusst positiv die Qualität und Quantität der Vegetationsdecke innerhalb der Ausläufe. Aufgrund des Modell- und Pilotcharakters für Mecklenburg-Vorpommern soll ein mehrjähriges Monitoring das Verhalten der Hühner; insbesondere die Nutzung des schatten spendenden Unterstandes der Module, den Nutzungsgrad der stallfernen Ausläufe sowie die Konzentration von Stickstoffeinträgen im stallnahen Bereich dokumentieren.

Wichtig ist im Zuge des Planungsprozesses, dass über die im Süden bestehende natürliche Eingrünung westlich, nördlich und östlich Gehölzpflanzungen ergänzt werden.

6.2 Art und Maß der baulichen Nutzung

Die als sonstiges Sondergebiet „Food & Energy“ überbaubare Grundstücksfläche wurde so gewählt, dass naturschutzrechtliche Anforderungen zur Eingriffsminimierung und zum Schutz von hochwertigen Lebensräumen gewahrt werden.

Konkrete Investitionsabsichten zielen auf den Betrieb von bis zu vier Mobilställen mit jeweils bis zu 2.000 Tierplätzen für Legehennen bzw. 1.350 Tierplätze im Biobetrieb ab.

Mit dem Einsatz von Mobilställen sind keinerlei flächige Vollversiegelungen erforderlich.

Bis zu 2.000 Tierplätze je Mobilstall (Maße ca. 23,00 x 8,00 x 3,35 m) sind möglich. Durch den vollautomatischen Betrieb für Futter, Wasser, Zuluft, Abluft, Kotbandantrieb, Familiennester, Eiersammelband, usw.) sind die Mobilställe für den autarken Betrieb mit moderner Computersteuerung, Störungsmeldung per SMS ausgelegt.

Mehrere automatisierte Auslaufklappen im Stallboden sorgen für den Zugang zum Auslauf. Durch eine Solarstromversorgung mit Batteriespeichern wird kein standardisierter Stromanschluss erforderlich.

Die Bewegungsachsen der Mobilställe werden in Nord-Süd-Ausrichtung angeordnet. Die Überschildung der Auslaufflächen muss hingegen in Ost-West-Ausrichtung erfolgen. Somit ergibt sich die Möglichkeit der Abgrenzung einzelner Wechselläufe mit Hilfe von festen Zäunen entlang der Modulreihen.



Abbildung 2: Prinzipdarstellung; Legehennen im Solarpark

Die Auslaufflächen sind begrünt und werden mit einem Flächenanteil von maximal 45 % durch aufgeständerte Solarmodule als Schutzvorrichtungen belegt. Die Solarmodule werden auf in den Boden gerammten Stützen in Reihen mit unterschiedlichen Abständen aufgestellt. Die Unterkonstruktionen bestehen aus verzinktem Stahl. Die Tische sind geneigt und nach Süden ausgerichtet. Die untere Höhe der Tische ist mit etwa 1,2 m so angelegt, dass die Hühner die Modulplatten nicht anfliegen und betreten können. Gleichzeitig wird erreicht, dass die Tiere ungehinderten Zugang zu den Weideflächen haben und bedarfsgerechte Mäh- und Pflegearbeiten möglich sind.

Kleinere Auslaufteilflächen werden untereinander durch Zäune parallel zu den Modulreihen abgegrenzt. Wechselläufe stehen so zu jeder Zeit mit ausreichender Flächenkulisse zur Verfügung.

Mit Hilfe der Baugrenze wurde innerhalb der Planzeichnung Teil A der Teil des Sondergebietes festgesetzt, auf dem das zulässige Maß der baulichen Nutzung realisiert werden darf. Ausreichend große Abstände werden insbesondere zu den erfassten gesetzlich geschützten Biotopen im Südwesten eingehalten.

Entsprechend der Flächenbilanz wird die Grundflächenzahl abweichend von der für Sondergebiete zulässigen Obergrenze auf 0,5 begrenzt.

Im Interesse einer Minimierung der vorhersehbaren Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes sollen auch die zulässigen Höhenentwicklungen als Obergrenze der Höhe baulicher Anlagen (H) in Metern über NHN im Bezugssystem DHHN 2016 gesteuert werden.

Dabei gelten die erfassten Geländehöhen als unterer Bezugspunkt. Innerhalb des sonstigen Sondergebietes sind Mobilställe mit einer Höhe von bis zu vier Metern über Gelände zulässig. Die geplanten Solarmodule innerhalb der Auslaufbereiche werden diese Höhenvorgabe nicht überschreiten.

Weitere mögliche Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung sind nicht Gegenstand der Regelungsabsicht der Gemeinde Tützpatz.

Folgende Festsetzungen wurden getroffen:

1. Das sonstige Sondergebiet „Food & Energy“ dient gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO der Unterbringung von Wirtschaftsstellen eines gewerblichen Tierhaltungsbetriebes. Innerhalb des sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“ sind Anlagen und Einrichtungen zur Haltung von bis zu 6.000 Freiland-Legehennen sowie die dem Tierhaltungsbetrieb zugeordneten Nebenanlagen und Zäune zulässig. Zur Überschirmung der Auslaufflächen sind Modultische mit Solarmodulen sowie die für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen, Wechselrichter, Trafostationen, Anlagen für die Energiespeicherung und -verarbeitung bis zu einem untergeordneten Flächenanteil des sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“ von 45 % zulässig.
2. Die maximale Höhe baulicher Anlagen wird auf 4,0 m begrenzt. Als unterer Bezugspunkt gelten die innerhalb der Planzeichnung Teil A festgesetzten Höhen in Meter über NHN im Bezugssystem DHHN 2016 als vorhandenes Gelände.
3. Die maximale Grundflächenzahl ist für das sonstige Sondergebiet „Food & Energy“ auf 0,5 begrenzt. Abweichend von § 19 Abs. 4 S. 2 BauNVO darf die zulässige Grundflächenzahl nicht überschritten werden.

6.3 Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Über den Ausgleichsbezug des § 1a Abs. 3 BauGB hinaus hat die Gemeinde über § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB die Möglichkeit, landschaftspflegerische Maßnahmen bzw. Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festzusetzen.

Der zentral gelegene Kleingewässerkomplex mit einem hohen Anteil geschützter Tierarten wird zur Vermeidung artenschutzrechtlicher Konflikte nicht als Sondergebiet überplant.

An der südlichen Plangebietsgrenze wird eine Sichtschutzhecke entstehen. Als Arteninventar ist eine vielfältige Mischung heimischer und standortgerechter Sträucher wie z. B. Ginster, Hartriegel, Hasel, Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Kirschen, Weiden, Wildrosen und Holunder möglich, die in ihrem Entwicklungszeitraum eine hohe Bedeutung für den arten- und Biotopschutz erlangen werden.

Folgende Festsetzungen wurden getroffen:

1. Die mit A festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Feldgehölz zu erhalten.
2. Die mit B festgesetzten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sind als Sichtschutzhecken heimischer und standorttypischer Sträucher zu entwickeln.

6.3 Örtliche Bauvorschriften

Die Städte und Gemeinden haben aufgrund der Ermächtigung, „örtliche Bauvorschriften“ erlassen zu können, die Möglichkeit, im Sinne einer Gestaltungspflege tätig zu werden. Die Rechtsgrundlage für ein solches Handeln ist durch § 86 Abs. 3 der Landesbauordnung M-V gegeben.

Für den in Rede stehenden Planungsraum sind in diesem Zusammenhang keine Regelungen erforderlich.

6.4 Umweltprüfung

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist im Verfahren der Aufstellung eines Bebauungsplans eine Umweltprüfung durchzuführen. Das Ergebnis ist in dem Umweltbericht, der ein gesonderter Teil der Begründung des Bebauungsplans ist, darzustellen.

Nach der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und einer entsprechenden Abstimmung des Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB erfolgt die Darstellung der Ergebnisse im Umweltbericht.

Maßgeblich für die Betrachtungen der Umweltauswirkungen des Vorhabens sind die Errichtung und der Betrieb einer gewerblichen Tierhaltungsanlage, die damit in Verbindung stehende Flächeninanspruchnahme, die zu erwartenden Immissionswirkungen sowie das geänderte Verkehrsaufkommen.

Zusammenfassend ergeben sich fünf Konfliktschwerpunkte mit einem erhöhten Untersuchungsbedarf:

- Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft durch geplante Versiegelungen betreffen die Schutzgüter Fläche, Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen.
- Die Immissionswirkungen aus Geruch, Stäube und Bioaerosole sind bezüglich der Schutzgüter Mensch und Luft in Verbindung mit der nächstgelegenen Wohnbebauung zu beurteilen.
- Geräusche des anlagenbezogenen Verkehrs können die Belange der Schutzgüter Mensch und Tier berühren.
- Auswirkungen auf nahe gelegene gesetzlich geschützte Biotope sowie auf sensible Ökosysteme sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.
- Auswirkungen auf nächstgelegene Natura2000 Gebiete sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.

Dem Umweltbericht lagen Ergebnisse von Geruchs-, Ammoniak und Stickstoffdepositionen sowie Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen und zu Belangen des besonderen Artenschutzes zu Grunde. Zusammenfassend sind diesbezüglich keine negativen Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter zu erwarten.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind nach der Prüfung als nicht erheblich zu bewerten.

Eine erhebliche Beeinträchtigung der Umwelt als Summe der beschriebenen und bewerteten Schutzgüter kann nicht festgestellt werden.

6.5 Verkehrskonzept

Der Planungsraum wird durch einen mit Betonplatten befestigten, öffentlich nutzbaren Wirtschaftsweg als südliche Grenze des Geltungsbereiches erschlossen.

Innerhalb des Planungsraumes ist die Anlage von teilversiegelten Erschließungswegen notwendig, um die Betriebsführung zu gewährleisten.

Das jährliche vorhabenspezifische Transportaufkommen umfasst den einmal wöchentlichen Abtransport des Kotes, den Futtertransport ist mit einem Fahrzeug pro Woche sowie dem einmal wöchentlichen Eiertransport.

7. Immissionsschutz

Der Abstand zur **nächstgelegenen betriebsfremden Wohnnutzung** der Ortslage Schossow beträgt etwa 850 m von der äußeren Anlagengrenze.

Für die **nächstgelegenen europäischen Schutzgebiete** (GGB-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ etwa 1.200 m westlich, das GGB-Gebiet DE 2244-302 „Kleingewässerlandschaft bei Gültz (nördlich Altentreptow)“ etwa 3.300 m nordöstlich ist sicher zu stellen, dass die zu erwartenden Stickstoffdepositionen des geplanten Vorhabens das Irrelevanzkriterium von 0,3 kg/ha * a einhalten.

Die innerhalb des Geltungsbereiches geplanten Nutzungen unterliegen aufgrund der festgesetzten Obergrenze von bis zu 6.000 Legehennen nicht der Genehmigungspflicht nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz.

Dennoch ist die geplante Haltung von Freilandlegehennen nur soweit zulässig, wie sie durch das nachfolgende Zulassungsverfahren gedeckt wird. Spätestens auf der Ebene der Anlagenzulassung ist jeweils nachzuweisen, dass eine Überschreitung von gesetzlich formulierten Immissionsgrenzwerten nicht zu befürchten ist. Dabei sind die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauGB zu wahren.

Anhaltspunkte für die Verträglichkeit der vorgesehenen Nutzung mit der Wohnnutzung liefern die TA Lärm und die TA Luft, deren Vorgaben durch die Planung eingehalten werden müssen. Zur Beurteilung der zu erwartenden Immissionswirkungen werden entsprechende Fachgutachten erarbeitet.

Nachfolgende Untersuchungen und Erhebungen werden nach derzeitigem Kenntnisstand erforderlich:

- Erstellung einer Geruchsimmissionsprognose unter Anwendung der GIRL des LAI vom 29.02.2008 mit einer Ergänzung vom 10. September 2008
- Erstellung einer Prognose zur Ermittlung der Ammoniakimmissionen (nach TA Luft Pkt. 4.8 i. V. m. Anhang 1) und Stickstoffdepositionen unter Anwendung des LAI-Leitfadens "Ermittlung und Bewertung von Stickstoffeinträgen" (Stand 03.03.2010) i.V.m. der Ermittlung erheblicher und irrelevanter Stoffeinträge in NATURA 2000-Gebiete (unter Anwendung aktueller Irrelevanzkriterien). In diesem Zusammenhang sind empfindliche Pflanzen und Ökosysteme (z.B. Biotope) zu erfassen und darzustellen.
- Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen (z.B. Staub, Bioaerosole); im Rahmen dessen sind Aussagen zu evtl. vorhandener Vorbelastung zu treffen.

8. Wirtschaftliche Infrastruktur

8.1 Energie-, Wasserver- und -entsorgung

Die Versorgung der geplanten Mobilställe mit Strom erfolgt autark über Photovoltaikanalgen und entsprechende Batteriespeicher.

Die Wasserversorgung für Tiere und Reinigung soll über Brunnen sichergestellt werden. Die Schmutzwasserentsorgung erfolgt dezentral.

Weitere Ver- und Entsorgungsmedien sind innerhalb des Geltungsbereiches nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen.

Bau und Betrieb des Regenentwässerungssystems hat nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (DWA A 138) zu erfolgen.

Niederschlagswasser von Dachflächen und Bewegungsflächen, von denen eine Verunreinigung ausgeschlossen werden kann, ist unter Berücksichtigung von Standortbedingungen möglichst auf dem Grundstück zu versickern. Gewässerbenutzungen (Niederschlagseinleitungen, Grundwasserentnahmen) bedürfen gem. § 8 WHG i. V. m. § 9 WHG der behördlichen Erlaubnis.

Anlagen zum Lagern, Abfüllen, Herstellen und Behandeln wassergefährdender Stoffe sowie Jauche/Gülle/Silage/Festmist müssen gemäß § 62 WHG sowie Anlage 7 der AwSV betrieben werden.

8.2 Gewässer

Innerhalb des festgesetzten Sondergebietes befinden sich keine Gewässer II. Ordnung.

Anfallendes Niederschlagswasser kann weiterhin innerhalb des Planungsraumes versickern. Eine Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser ist nicht zu befürchten, denn mit dem Vorhaben werden keine Stoffe freigesetzt, welche die Qualität von Grund- und Oberflächenwasser beeinträchtigen können.

8.3 Telekommunikation

Im Planbereich befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Deutschen Telekom AG. Eine Erschließung der Telekommunikation ist nicht erforderlich.

8.4 Abfallrecht

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass sowohl von den Baustellen als auch von den fertigen Objekten eine vollständige geordnete Abfallentsorgung erfolgen kann.

Bei der Baudurchführung ist durchzusetzen, dass der im Rahmen des Baugeschehens anfallende Bodenaushub einer geordneten Wiederverwendung gemäß den technischen Regeln der Mitteilungen der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) zugeführt wird.

8.5 Brandschutz

Die geplanten Mobilställe werden den Bestimmungen der DIN 14675 und der DIN VDE 0833 entsprechend so ausgerüstet, dass die Branderkennung und die Brandmeldung sowohl durch automatische als auch durch manuelle Alarmierungseinrichtungen gewährleistet sind.

Von öffentlichen Verkehrsflächen ist insbesondere für die Feuerwehr ein geradliniger Zu- oder Durchgang zu rückwärtigen Gebäuden zur Verfügung zu stellen.

Zu Gebäuden, bei denen die Oberkante der Brüstung notwendiger Fenster oder sonstiger zum Anleitern bestimmter Stellen mehr als 8 m über der Geländeoberfläche liegt, ist eine mindestens 3 m breite Zu- oder Durchfahrt zu schaffen. Die lichte Höhe der Zu- oder Durchfahrt muss senkrecht zur Fahrbahn gemessen mindestens 3,50 m betragen (DIN 14090). Die Zufahrt muss so befestigt sein, dass sie von Fahrzeugen der Feuerwehr für den Katastrophen-, Rettungs- und Brandschutz mit einer Achslast bis zu 10 t und einem zulässigen Gesamtgewicht bis zu 16 t befahren werden kann (DIN 14090).

Zur Deckung des Löschwasserbedarfs ist nach dem Arbeitsblatt W 405 (07/1978) des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e. V. (DVGW) für mind. 2 Stunden eine Löschwassermenge von mind. 48 m³ in maximal 300 m Entfernung zu gewährleisten. Vorliegend sollen dazu Löschwasserbrunnen oder Löschwasserbehälter genutzt werden.

Für die Zufahrten sowie Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr gilt die Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr auf Grundstücken.

9. Denkmalschutz

9.1 Baudenkmale

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Baudenkmale, die als Denkmal im Sinne des Denkmalschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingetragen und als Zeitzeugen der Geschichte zu erhalten sind.

9.2 Bodendenkmale

Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind im Bereich des Vorhabens keine Bodendenkmale oder Verdachtsflächen bekannt.

Wenn bei Erdarbeiten neue Bodendenkmale oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, sind diese gemäß § 11 Abs. 1 DSchG M-V der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen eines Mitarbeiters oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Die Anzeigepflicht besteht für den Entdecker, den Leiter der Arbeiten, den Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen.

Die Verpflichtung erlischt fünf Werkzeuge nach Zugang der Anzeige, bei schriftlicher Anzeige spätestens nach einer Woche. Die untere Denkmalschutzbehörde kann die Frist im Rahmen des Zumutbaren verlängern, wenn die sachgerechte Untersuchung oder die Bergung des Denkmals dies erfordert (§ 11 Abs. 3 DSchG M-V).

10. Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung

Flächenbilanz:

| | |
|------------------|------------------------|
| Geltungsbereich: | 249.916 m ² |
| Sondergebiet: | 238.596 m ² |
| Sonstiges: | 11.320 m ² |

Zu 2.1 Ermittlung des Biotopwertes

Zur Ermittlung des Biotopwertes wird zunächst aus der Anlage 3 die Wertstufe ermittelt. Die Wertstufe für „Sandacker“ (ACS) ist 0. Der durchschnittliche Biotopwert berechnet sich aus 1 abzüglich des Versiegelungsgrades des derzeitigen Biotoptyps.

Biotopwert ACS: $1 - 0$ (Versiegelungsgrad) = **1**

Zu 2.2 Ermittlung des Lagefaktors

Der Abstand zu vorhandenen Störquellen beträgt mehr als 100 m, aber weniger als 625 m. Entsprechend wurde ein Lagefaktor von **1,00** gewählt.

Zu 2.3 Berechnung des Eingriffsflächenäquivalents für Biotopbeseitigung bzw. Biotopveränderung (unmittelbare Wirkungen/Beeinträchtigung)

Für Biotope, die durch einen Eingriff beseitigt bzw. verändert werden (Funktionsverlust), ergibt sich das Eingriffsflächenäquivalent durch Multiplikation aus der vom Eingriff betroffenen Fläche des Biotoptyps, dem Biotopwert des Biotoptyps und dem Lagefaktor.

| Biotoptyp | Fläche des beeinträchtigten Biotops in m ² | Biotopwert | Lagefaktor | EFÄ m ² = Fläche * Biotopwert * Lagefaktor | Eingriffsflächenäquivalent [m ² EFÄ] |
|--------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------|------------|------------|-------------------------------------------------------|-------------------------------------------------|
| 12.1.1 - Sandacker | 238.596 | 1 | 1,00 | 238.596 * 1 * 1,00 | 238.596 |
| Summe der erforderlichen Eingriffsflächenäquivalente: | | | | | 238.596 |

Zu 2.4 Berechnung des Eingriffsäquivalents für Funktionsbeeinträchtigung von Biotopen

Biotopbeeinträchtigungen im Randbereich der Anlagen bzw. außerhalb der Baugrenze sind nach derzeitigem Stand nicht zu erwarten.

Zu 2.5 Ermittlung der Versiegelung und Überbauung

Zur Erschließung des Geltungsbereiches ist die Anlage von etwa 3,50 m breiten Schotterwegen mit rund 4.354 m² notwendig. Es ist biotopunabhängig die teilversiegelte Fläche in m² zu ermitteln und mit einem Zuschlag von **0,2** zu berücksichtigen.

Für Trafostationen werden Vollversiegelungen im Umfang von bis zu 1.000 m² eingeplant. Der Zuschlag für Vollversiegelung beträgt **0,5**.

| Teil-/Vollversiegelte bzw- überbaute Fläche | Zuschlag für Teil-/Vollversiegelung | EFÄ= Teil-/Vollversiegelte bzw- überbaute Fläche * Zuschlag | Eingriffsflächenäquivalente EFÄ |
|--------------------------------------------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------------------------------|---------------------------------|
| 4.354 m ² | 0,2 | EFÄ = 4.354 * 0,2 | 871 |
| 500 m ² | 0,5 | EFÄ = 500 * 0,5 | 250 |
| Summe der erforderlichen Eingriffsflächenäquivalente: | | | 1.121 |

Zu 2.6 Berechnung des multifunktionalen Kompensationsbedarfs

Aus den berechneten Eingriffsflächenäquivalenten ergibt sich durch Addition der multifunktionale Kompensationsbedarf.

| m ² EFÄ für Biotopbeseitigung | + | m ² EFÄ für Funktionsbeeinträchtigung | + | EFÄ für Teil-/Vollversiegelung bzw. Überbauung | Multifunktionaler Kompensationsbedarf [m ² EFÄ] |
|----------------------------------------------------------------------------|---|--------------------------------------------------|---|------------------------------------------------|------------------------------------------------------------|
| 238.596 | | 1.121 | | 0 | 239.717 |
| Summe des multifunktionalen Kompensationsbedarfs m² EFÄ: | | | | | 239.717 |

Zu 2.7 Berücksichtigung kompensationsmindernder Maßnahmen

entfällt

Der um das Flächenäquivalent der kompensationsmindernden Maßnahmen korrigierte multifunktionale Kompensationsbedarf wird wie folgt ermittelt:

| Multifunktionaler Kompensationsbedarf (m ² EFÄ) | - | Flächenäquivalent d. kompensationsmindernden Maßnahme (m ² EFÄ) | korrigierter multifunktionaler Kompensationsbedarf [m ² EFÄ] |
|------------------------------------------------------------|---|----------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------|
| 239.717 | | 0 | 239.717 |
| Korrigierter multifunktionaler Kompensationsbedarf: | | | 239.717 |

Der multifunktionale Kompensationsbedarf (Punkt 2.7) beträgt 239.717 m² EFÄ.

Zu 4. Kompensation des Eingriffes**Maßnahme 6.31 Anlage von frei wachsenden Hecken und Gebüsch**

Auf der Maßnahmefläche B ist die Neuanpflanzung von standorttypischen und heimischen Straucharten als Sichtschutzhecke geplant. Die von vier Zufahrten unterbrochene, mindestens sieben Meter breite Hecke wird eine Gesamtlänge von rund 1.323 m einnehmen.

Fläche: 9.261 m²

Kompensationswert: 1,0

Zu 5. Gesamtbilanzierung

| KFÄ Maßnahme 1 | + | KFÄ Maßnahme 2 | KFÄ |
|-------------------------------------------|---|----------------|----------------|
| errechnetes Kompensationsdefizit | | | 239.717 |
| 9.261 | | - | - 9.261 |
| verbleibendes Kompensationsdefizit | | | 230.456 |

Der Eingriff kann durch die geplante Ausgleichsmaßnahme nicht vollständig kompensiert werden.

Der multifunktionale Kompensationsbedarf im Umfang von 230.456 Flächenäquivalenten wird durch die Zuordnung von Ausgleichsmaßnahmen im Territorium der Gemeinde Tützpatz sowie durch zertifizierten Ökologomaßnahmen innerhalb der Landschaftszone 3 (*Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte*) vollständig kompensiert.

Gemeinde Tützpatz

Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“



11. Umweltbericht als gesonderter Teil der Begründung

Juli 2021

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| 1. EINLEITUNG | 3 |
| 1.1 Kurzdarstellung der Ziele und des Inhalts des Vorhabens | 4 |
| 1.2 Überblick über die der Umweltprüfung zugrunde gelegten Fachgesetze und Fachpläne | 6 |
| 2. BESCHREIBUNG UND BEWERTUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN | 12 |
| 2.1 Beschreibung des Vorhabensstandortes einschließlich des Untersuchungsraumes | 12 |
| 2.2 Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustands | 13 |
| 2.2.1 Schutzgut Bevölkerung und menschliche Gesundheit | 14 |
| 2.2.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt | 15 |
| 2.2.3 Schutzgut Fläche | 19 |
| 2.2.4 Schutzgut Boden | 19 |
| 2.2.5 Schutzgut Wasser | 20 |
| 2.2.6 Schutzgut Landschaft | 20 |
| 2.2.7 Schutzgut Luft und allgemeiner Klimaschutz | 21 |
| 2.2.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter | 22 |
| 2.2.9 Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung | 22 |
| 2.3 Entwicklungsprognosen des Umweltzustands | 23 |
| 2.3.1 Entwicklungsprognosen bei der Durchführung der Planung | 23 |
| 2.3.1.1 Auswirkungen auf das Schutzgut Bevölkerung und menschliche Gesundheit | 23 |
| 2.3.1.2 Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt | 24 |
| 2.3.1.4 Auswirkungen auf das Schutzgut Boden | 29 |
| 2.3.1.5 Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser | 31 |
| 2.3.1.6 Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Allgemeiner Klimaschutz | 34 |
| 2.3.1.7 Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft | 34 |
| 2.3.1.8 Auswirkungen auf Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung | 35 |
| 2.3.1.9 Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter | 35 |
| 2.3.2 Anfälligkeit des Projekts für schwere Unfälle und/oder Katastrophen | 35 |
| 2.3.3 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung des Vorhabens | 36 |
| 2.3.4 Gesamtbewertung der Umweltauswirkungen einschließlich der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern | 36 |
| 2.4 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten | 37 |
| 2.5 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen | 38 |
| 3. WEITERE ANGABEN ZUR UMWELTPRÜFUNG | 38 |
| 3.1 Beschreibung von methodischen Ansätzen und Schwierigkeiten bzw. Kenntnislücken | 38 |
| 3.2 Hinweise zur Überwachung (Monitoring) | 38 |
| 3.3 Erforderliche Sondergutachten | 39 |
| 4. ALLGEMEIN VERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG | 40 |
| 5. ANHANG | |

1. Einleitung

Die Gemeinde Tützpatz hat in ihrer Sitzung am 05.11.2020 die Aufstellung des Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplans Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ beschlossen.

Das formulierte Planungsziel umfasst die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes „Food & Energy“, welches gemäß § 11 Abs. 2 BauNVO der Unterbringung von Wirtschaftsstellen eines gewerblichen Tierhaltungsbetriebes für Freilandlegehennen dient.

Das geplante Nutzungskonzept sieht im Rahmen der Diversifizierung der Landwirtschaft eine Freiland-Legehennenanlage vor, die abweichend von bisherigen Standards der Legehennenhaltung in Deutschland ausschließlich mit Mobilställen und Wechselweiden arbeitet. Erstmals bietet sich durch die anteilige Überschirmung mit Solarmodulen ein nahezu vollständiger Schutz der Hühner für den gesamten Grünauslauf.

Nach § 2 Abs. 4 BauGB ist im Verfahren der Aufstellung eines Bebauungsplans eine Umweltprüfung durchzuführen. Das Ergebnis ist in dem Umweltbericht, der ein gesonderter Teil der Begründung des Bebauungsplans ist, darzustellen.

1.1 Kurzdarstellung der Ziele und des Inhalts des Vorhabens

Im Sinne regionaler Wertschöpfungsansätze und einer angestrebten bodengebundenen Veredelung in der Landwirtschaft ist eine neuartige Kombination der Produktion von Bioeiern sowie der Erzeugung erneuerbarer Energien geplant.

Dazu sollen die in den Geltungsbereich eingeschlossenen Flächen nicht der landwirtschaftlichen Produktion entzogen werden. Das Nutzungskonzept sieht im Rahmen der Diversifizierung der Landwirtschaft eine Freiland-Legehennenanlage vor, die abweichend von bisherigen Standards der Legehennenhaltung in Deutschland ausschließlich mit Mobilställen und Wechselweiden arbeitet.

Der vorliegende Bebauungsplan greift damit drei Problemfelder auf.

Die Eierproduktion der Freiland-Legehennenhaltung sowie der „Bio“-Freiland-Legehennenhaltung decken derzeit lediglich etwa 50 % des Bedarfs im deutschen Markt ab. Mit der Aufstellung des Bebauungsplans soll also ein wichtiger Beitrag zur regionalen Versorgungssicherheit für stark nachgefragte Freiland-Eier geleistet werden.

Erfahrungsgemäß steht die Legehennen-Freilandhaltung regelmäßig vor dem Problem, dass die Tiere ohne Schutz- und Leiteinrichtungen nur einen geringen Anteil der zur Verfügung stehenden Auslauffläche nutzen. Dass die stallnahen Bereiche bis ca. 20 m bevorzugt genutzt werden, liegt in dem natürlichen Angstverhalten der Tiere begründet. Schutzeinrichtungen vor Prädatoren aus der Luft auf den entfernt liegenden Teilen des Auslaufes können dazu beitragen, dass die weiter entfernt liegenden Auslaufbereiche intensiver genutzt werden und so eine höhere Verteilungshäufigkeit auf den stallfernen Ausläufen erreicht wird.

Dazu sollen Freiflächen-Photovoltaikanlagen als Schutz- und Leiteinrichtungen mit einem untergeordnetem Flächenanteil von etwa 45 % in das Auslaufkonzept integriert werden. Neben dem Schutz vor Prädatoren bieten die Solarmodule die Möglichkeit der flächensparenden Erzeugung erneuerbarer Energien ohne Nutzungskonkurrenz zur Landwirtschaft.

Gesetzlich vorgeschrieben sind 4 m² Auslauf je Hennenplatz für die Freiland-Legehennenhaltung. Erfahrungsgemäß kommt es in den stallnahen Bereichen zu einer erhöhten Konzentration an Stickstoff, der über den Bodenpfad in Grund- und Schichtenwasser ausgewaschen werden könnte. In dem nun geplanten agrosolaren Modellprojekt wird die Auslauffläche so gestaltet, dass Wechselläufe je nach Nutzungsintensität der Hennen jederzeit zur Verfügung stehen.

Vorliegend können bis zu sieben Mobilställe in Nord-Süd-Ausrichtung angeordnet und bewegt werden. Die Auslaufflächen erschließen sich somit ausgehend von den Bewegungstrassen der Mobilställe in östliche und westliche Richtung. So ist es in der Betriebsführung der Legehennenanlage innerhalb eines festzulegenden Rhythmus möglich, die zur Verfügung stehenden Auslaufflächen effektiv und getrennt voneinander zu nutzen. Entsprechend ist sichergestellt, dass sich die Vegetationsdecke regelmäßig regenerieren kann.

Der anfallende Stickstoff konzentriert sich so nicht in den stallnahen Bereichen. Er kann pflanzenverfügbar im gesamten Auslaufbereich verwertet werden.

Der Eigentümer der in den Geltungsbereich einbezogenen Fläche hat als Landwirt deutlich gemacht, dass die mit dem Bebauungsplan zulässige Form einer naturverträglichen Legehennenhaltung mittelfristig als Alternative für seinen im Gemeindegebiet ansässigen konventionellen Tierhaltungsbetrieb der Ferkelaufzucht und Schweinemast anzusehen sein könnte.

Die als sonstiges Sondergebiet „Food & Energy“ überbaubare Grundstücksfläche wurde so gewählt, dass naturschutzrechtliche Anforderungen zur Eingriffsminimierung und zum Schutz von hochwertigen Lebensräumen gewahrt werden.

Konkrete Investitionsabsichten zielen auf den Betrieb von bis zu sieben Mobilställen mit jeweils bis zu 2.000 Tierplätzen für Legehennen bzw. 1.350 Tierplätze im Biobetrieb ab. Mit dem Einsatz von Mobilställen sind keinerlei flächige Vollversiegelungen erforderlich.

Bis zu 2.000 Tierplätze je Mobilstall (Maße ca. 23,00 x 8,00 x 3,35 m) sind möglich. Durch den vollautomatischen Betrieb für Futter, Wasser, Zuluft, Abluft, Kotbandantrieb, Familiennester, Eiersammelband, usw.) sind die Mobilställe für den autarken Betrieb mit moderner Computersteuerung, Störungsmeldung per SMS ausgelegt.

Mehrere automatisierte Auslaufklappen im Stallboden sorgen für den Zugang zum Auslauf. Durch eine Solarstromversorgung mit Batteriespeichern wird kein standardisierter Stromanschluss erforderlich.

Die Bewegungsachsen der Mobilställe werden in Nord-Süd-Ausrichtung angeordnet. Die Überschirmung der Auslaufflächen muss hingegen in Ost-West-Ausrichtung erfolgen. Somit ergibt sich die Möglichkeit der Abgrenzung einzelner Wechselläufe mit Hilfe von festen Zäunen entlang der Modulreihen.

Die Auslaufflächen sind begrünt und werden mit einem Flächenanteil von maximal 45 % durch aufgeständerte Solarmodule als Schutzvorrichtungen belegt. Die Solarmodule werden auf in den Boden gerammten Stützen in Reihen mit unterschiedlichen Abständen aufgestellt. Die Unterkonstruktionen bestehen aus verzinktem Stahl. Die Tische sind geneigt und nach Süden ausgerichtet. Die untere Höhe der Tische ist mit etwa 1,2 m so angelegt, dass die Hühner die Modulplatten nicht anfliegen und betreten können. Gleichzeitig wird erreicht, dass die Tiere ungehinderten Zugang zu den Weideflächen haben und bedarfsgerechte Mäh- und Pflegearbeiten möglich sind. Kleinere Auslaufteilflächen werden untereinander durch Zäune parallel zu den Modulreihen abgegrenzt. Wechselläufe stehen so zu jeder Zeit mit ausreichender Flächenkulisse zur Verfügung.

Flächenbilanz

| | |
|----------------------------------------|------------------------|
| Fläche Geltungsbereich: | 249.916 m ² |
| davon Sondergebiet F&E: | 238.596 m ² |
| davon teilversiegelte Verkehrsflächen: | 3.370 m ² |
| Sowie vollversiegelte Flächen: | 500 m ² |

1.2 Überblick über die der Umweltprüfung zugrunde gelegten Fachgesetze und Fachpläne

Maßgeblich für die Beurteilung der Belange des Umweltschutzes sind folgende gesetzliche Grundlagen:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

Sind auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Baugesetzbuches Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten, sind Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu erörtern und zu bilanzieren (vgl. dazu § 18 BNatSchG).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2020)

Zur Vermeidung unnötiger Beeinträchtigungen des Natur- und Landschaftshaushaltes sind die in §§ 1 und 2 verankerten Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege maßgeblich und bindend.

Demnach ist zu prüfen, ob das Bauleitplanverfahren einen Eingriff im Sinne des § 14 Abs. 1 BNatSchG erwarten lässt (Prognose des Eingriffs).

Zudem ist die Gemeinde verpflichtet, alle über die Inanspruchnahme von Natur und Landschaft am Ort des Eingriffs hinausgehenden Beeinträchtigungen der Umwelt auf ihre Vermeidbarkeit zu prüfen (Vermeidungspflicht).

Im Weiteren ist durch die Gemeinde zu prüfen, ob die Auswirkungen des Vorhabens beispielsweise durch umweltschonende Varianten gemindert werden können (Minderungspflicht). In einem nächsten Schritt sind die zu erwartenden nicht vermeidbaren Eingriffe durch planerische Maßnahmen des Ausgleichs zu kompensieren.

Unter normativer Wertung des § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB in Verbindung mit § 1 a Abs. 3 BauGB hat die Gemeinde die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft mit den übrigen berührten öffentlichen und privaten Belangen abzuwägen (Integritätsinteresse).

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzes vom 9. Dezember 2020 (BGBl. I S. 2873)

Der vorliegende Bebauungsplanentwurf ist nach den Grundsätzen des § 50 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Ziffer 1 Baugesetzbuch (BauGB) zu prüfen. Danach sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehene Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) schutzbedürftige Gebiete soweit wie möglich vermieden werden. Die Vorgaben des BImSchG dienen nach § 1 Abs. 2 der integrierten Vermeidung und Minderung schädlicher Umwelteinwirkungen durch Emissionen in Luft, Wasser und Boden unter Einbeziehung der Abfallwirtschaft zur Absicherung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt.

Durch Schutz- und Vorsorgemaßnahmen gegen Gefahren sollen erhebliche Nachteile und Belästigungen vermieden werden.

Gesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz - NatSchAG M-V) Zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 5. Juli 2018 (GVBl. M-V S. 221, 228)

Auf Grund der Ermächtigung nach § 3 Abs. 2 BNatSchG sind grundsätzlich die Länder für den gesetzlichen Biotopschutz zuständig.

Weitere überörtliche Planungen:

Rechtliche Grundlagen zur raumordnerischen Beurteilung der Planungsabsicht:

- Landesverordnung über das **Landesraumentwicklungsprogramm** Mecklenburg-Vorpommern (LEP-LVO M-V) vom 27. Mai 2016
- Landesverordnung über das **Regionale Raumentwicklungsprogramm** Mecklenburgische Seenplatte (RREP MS-LVO M-V) vom 15. Juni 2011

Aus den Darstellungen in der Festlegungskarte ergeben sich für das Plangebiet auf der Ebene der Raumordnung keine Nutzungseinschränkungen.

- Der Geltungsbereich des Bebauungsplans liegt gemäß 4.5 (3) LEP M-V 2016 in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft. In diesem soll dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten ein besonderes Gewicht beigemessen werden.
- Die Gewinnung erneuerbarer Energien trägt zusätzlich dazu bei, dass die Legehennenhaltung CO₂-neutral umgesetzt werden kann. Die Energieüberschüsse sollen im Sinne des Programmsatzes 5.3 (1) LEP M-V 2016 in das öffentliche Netz eingespeist werden und damit eine sichere, preiswerte und umweltverträgliche Energieversorgung absichern.
- Nach Programmsatz 3.3.1(2) LEP M-V 2016 sollen die Ländlichen Räume so gesichert und weiterentwickelt werden, dass sie u. a.

- - einen attraktiven und eigenständigen Lebens- und Wirtschaftsraum bilden,
- - dass in regionaler kulturlandschaftlicher Differenzierung ausgeprägte kulturelle Erbe bewahren,
- - die Basis einer bodengebundenen Veredelungswirtschaft bilden.
- In der Begründung hierzu heißt es,
- ... kommt es darauf an, in ländlichen Räumen nachhaltige Strukturen zu schaffen, mit denen dort, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse absehbar schwieriger werden, regionale Wertschöpfung generiert werden kann.

Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Gemäß § 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB) sind bei der Aufstellung der Bauleitpläne die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse und die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung insgesamt zu berücksichtigen.

Flächennutzungsplanung

Der **Flächennutzungsplan (FNP)** dient als behördenverbindliches Handlungsprogramm einer Gemeinde. Er entfaltet keine unmittelbaren Rechtswirkungen im Verhältnis zum Bürger nach außen. Er verursacht dennoch rechtliche Wirkungen von erheblicher Reichweite. Er bildet den rechtlichen Rahmen, welcher durch das Entwicklungsgebot des § 8 Absatz 2 Nr. 1 BauGB bestimmt ist.

Der für das Territorium der Gemeinde Tützpatz maßgebende Flächennutzungsplan weist den Planungsraum als Fläche für die Landwirtschaft aus.

Es wird auf das notwendige Verfahren zur 2. Änderung des Flächennutzungsplans verwiesen.

Weitere fachplanerische Vorgaben:

"Hinweise zur Eingriffsregelung" (HzE), Neufassung 2018

Die Eingriffsregelung führt durch Vermeidung, Ausgleich und Ersatz von Beeinträchtigungen nachhaltig zu einer Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Landschaft. Der Verursacher eines Eingriffs ist naturschutzrechtlich zur Bewältigung der Folgen seines Handelns für die Allgemeingüter Natur und Landschaft verpflichtet. Ziel ist durch eine natur- und landschaftsverträgliche Umsetzung von Vorhaben, möglichst im Einklang mit der Natur zu bauen und unter Umständen langfristige negative Folgen zu verhindern. Entstehen dennoch nachteilige Eingriffsfolgen können diese durch die Aufwertungsmaßnahmen Ausgleich und Ersatz wieder gut gemacht werden.

Vermeidung und Minimierung von Stickstoffeinträgen

Einwendungen der anerkannten Naturschutzverbände im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Freiland-Legehennen zielen regelmäßig darauf ab, dass der Nutzungsgrad der Auslaufflächen und der draus resultierende Nährstoffeintrag in den Boden-Wasser-Haushalt sehr differenziert zu betrachten sei.

So geht man davon aus, dass der stallnahe Bereich des Freilandauslaufes deutlich intensiver genutzt wird, als entfernter liegende Auslaufflächen. Insbesondere für stationäre Stallgebäude wird durch die hohe Nutzungsdichte unterstellt, dass sich im stallnahen Bereich keine geschlossene Vegetationsdecke ausbilden kann und darüber hinaus hier etwa 70 % des im Freilandauslauf zu erwartenden Kotanfalls abgelagert wird. Durch die fehlende Vegetationsdecke würden die Nährstoffe weder pflanzenverfügbar entzogen noch im Boden gebunden werden können.

Dieser Sachverhalt hätte zur Folge, dass es in den stallnahen Bereichen insbesondere durch Niederschläge zu erhöhten Auswaschungen in den anstehenden Boden-Wasser-Haushalt kommen würde.

Die Einwender nehmen an, dass damit von diesen Flächen eine Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen sei.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen lassen sich jedoch weder eine räumliche Abgrenzung des gefährdeten stallnahen Bereiches noch die tatsächlich zu erwartende Menge des unterstellten Nährstoffeintrages im stallnahen Bereich exakt bestimmen.

Vorliegend sollen im Sinne des vorbeugenden Schutzes des Grundwassers die mit dem Nährstoffeintrag in den Boden (Kot der Hennen) verbundenen möglichen Auswirkungen bereits auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Schon die Gestaltung der Auslaufläche mit Leiteinrichtungen und Schutzeinrichtungen kann zu einer Veränderung des Nutzungsverhaltens bzw. zur Minderung von Nährstoffkonzentrationen innerhalb der Auslaufläche führen.

Ziel ist die Vermeidung von schädlichen Bodenveränderungen im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), d. h. Beeinträchtigungen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen, sollen vermieden werden.

Gemäß § 48 Wasserhaushaltsgesetz dürfen Stoffe nur so gelagert oder abgelagert werden, dass eine nachhaltige Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

Die Einwender gehen in Anlehnung an die EG-Nitratrichtlinie davon aus, dass für die Auslauflächen Nährstoffe nur so aufgebracht werden dürfen, dass die aufgebrachte Menge an Gesamtstickstoff im Durchschnitt 170 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr nicht überschreitet.

Sofern sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers auswirken könnte, muss der Focus für das vorliegende Vorhaben in der Vermeidung von Stoffeinträgen in den stallnahen Auslaufbereichen liegen. Damit sollen insbesondere nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit, wie Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Grundwassers verhindert werden (vgl. § 3 Nr. 9 WHG).

Ausgehend von unterschiedlichen Studien ergibt sich für den stallnahen Bereich im Vergleich zur gesamten Auslaufläche ein verhältnismäßig hoher Nährstoffanteil. Allerdings lässt sich weder aus der Gesetzgebung noch aus der Rechtsprechung eine Definition des stallnahen Bereiches herleiten. Es gibt resultierend keine belastbaren Erkenntnisse zur tatsächlichen Verteilung von Nährstoffeinträgen innerhalb des Auslaufes von Legehennen.

Bisherige Untersuchungen zu diesem Sachverhalt konzentrierten sich auf kleine Herden. Da sich insbesondere das Auslaufverhalten von Hennen in großen Herden erheblich von dem in kleinen Herden unterscheidet, wurden im Rahmen des Projektes „Optimierung der Freilandhaltung von Legehennen in der Praxis“ (EU und Land Niedersachsen, 2001-2004) u.a. die Aufenthaltshäufigkeiten der Hennen in bestimmten Auslaufabschnitten sowie die standortspezifischen Einflüsse auf das Auslaufverhalten bei Herdengrößen von 1.450 bzw. 4.500 Hennen untersucht.

Eine Übertragbarkeit auf größere Herdengrößen, die regelmäßig auch in der konventionellen Freiland-Legehennenhaltung zur Anwendung kommen, gibt es bisher nicht. Der in Rede stehende Bebauungsplan bietet im Rahmen eines Forschungsansatzes nun die Möglichkeit, entsprechende Monitoring-Ergebnisse für bis zu 6.000 Tierplätze zu liefern.

Basierend auf Erfahrungswerten der Freiland-Legehennenpraxis und den vorliegenden Literaturangaben wird für den stallnahe Bereich von 0 m bis 17 m ein hoher Nährstoffanfall angenommen. Im stallfernen Bereich ist dagegen kaum noch mit nennenswerten Nährstoffeinträgen durch die Hennen zu rechnen.

Das in Rede stehende Projekt bietet durch eine anteilige Überdachung der Auslaufflächen mit Photovoltaikanlagen die Möglichkeit, dass die Tiere geschützt vor Prädatoren aus der Luft, den stallnahen Bereich häufiger verlassen. Der unterhalb der Module anfallende Kot wird kaum Niederschlagseinflüssen ausgesetzt und folglich nicht in den Boden ausgewaschen werden kann.

Je nach Nutzungsintensität werden die zur Anwendung kommenden Mobilställe zu den Wechselläufen bewegt, um dauerhaft eine nährstoffverwertende Vegetationsdecke zu erhalten.

Im Vergleich zu konventionellen Anlagen sind so keine zusätzlichen Auslaufbefestigungen aus Beton, Kies, Vlies oder eine Bearbeitung des Bodens bzw. ein regelmäßiges abgetragen des Kotes notwendig.

Sowohl die Überdachung als auch die Befestigung und die hohe Variabilität der Mobilställe verhindern wirksam Nährstoffeinträge in den Auslaufflächen.

Dass sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers und damit auf die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens auswirken könnte, wird damit sicher unterbunden.

2. Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen

2.1 Beschreibung des Vorhabenstandortes einschließlich des Untersuchungsraumes

Der Planungsraum wird durch einen mit Betonplatten befestigten, öffentlich nutzbaren Wirtschaftsweg als südliche Grenze des Geltungsbereiches erschlossen.

Überplant werden ausschließlich Ackerflächen, die als solches auch weitestgehend intensiv bewirtschaftet werden. Die hier vorhandenen Sandböden sind durch ein mittleres landwirtschaftliches Produktionsvermögen mit durchschnittlich 35 Bodenknoten, ein mittleres Speichervermögen und mäßige Versickerungseigenschaften gekennzeichnet.

Gesetzlich geschützte Biotope oder Gehölzflächen werden nicht als Sondergebiet überplant.

Das südwestlich gelegene Kleingewässer sowie der uferbegleitende Gehölzbestand werden als gesetzlich geschützter Biotopkomplex erhalten.

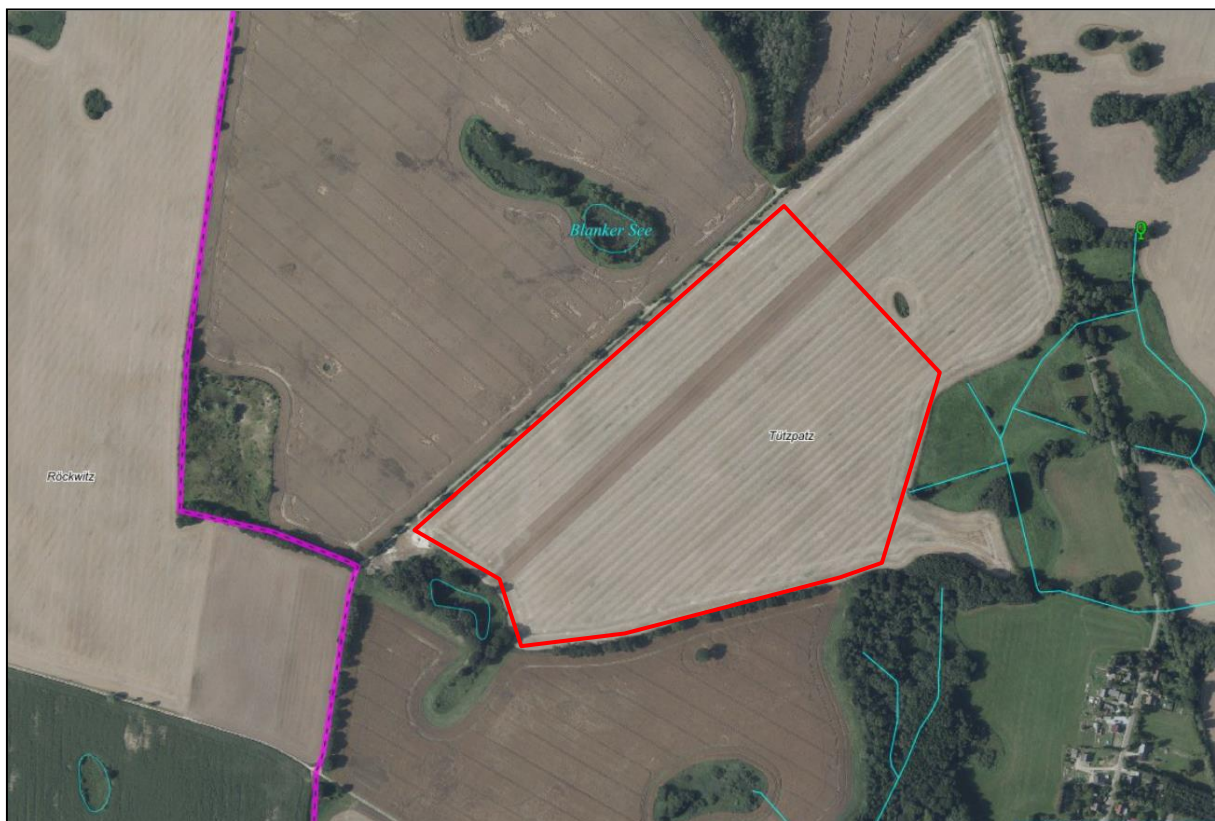


Abbildung 1: Blick auf den Planungsraum, Luftbild
<https://www.geoportal-mv.de/gaia/gaia.php>

Das nächstgelegene FFH-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ befindet sich etwa 1.100 m westlich des Geltungsbereiches.

2.2 Bestandsaufnahme und Bewertung des Umweltzustands und der Umweltmerkmale

Maßgeblich für die Betrachtungen der Umweltauswirkungen des Vorhabens sind die Errichtung und der Betrieb einer gewerblichen Tierhaltungsanlage, die damit in Verbindung stehende Flächeninanspruchnahme, die zu erwartenden Immissionswirkungen sowie das geänderte Verkehrsaufkommen.

Zusammenfassend ergeben sich sechs Konfliktschwerpunkte mit einem erhöhten Untersuchungsbedarf:

- Unvermeidbare Eingriffe in Natur und Landschaft durch geplante Versiegelungen betreffen die Schutzgüter Fläche, Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen.
- Die Immissionswirkungen aus Geruch und Schall, Stäube und Bioaerosole sind bezüglich der Schutzgüter Mensch und Luft in Verbindung mit der nächstgelegenen Wohnbebauung zu beurteilen.
- Geräusche des anlagenbezogenen Verkehrs können die Belange der Schutzgüter Mensch und Tier berühren.
- Auswirkungen auf nahe gelegene gesetzlich geschützte Biotope sowie auf sensible Ökosysteme sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.
- Auswirkungen auf nahegelegene Natura2000 Gebiete sind insbesondere bezüglich auftretender Immissionen durch Ammoniak und Stickstoffdepositionen zu untersuchen.
- Der konzentrierte Nährstoffeintrag in den stallnahen Bereichen des Auslaufes betreffen insbesondere die Schutzgüter Boden und Wasser

Weitere Konfliktschwerpunkte sind nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten.

2.2.1 Schutzgut Bevölkerung und menschliche Gesundheit

Der Abstand zur nächstgelegenen betriebsfremden Wohnnutzung der Ortslage Schossow beträgt etwa 850 m von der äußeren Anlagengrenze.

Ausgehend von der Landesstraße L 27 erfolgt die Erschließung über einen öffentlich gewidmeten Wirtschaftsweg. Das Vorhabengrundstück mit einer Fläche von rund 25 ha wird derzeit ackerbaulich bewirtschaftet.

Innerhalb des Wirkraumes der geplanten Legehennenhaltung sind keine weiteren Emittenten vorhanden, die als Vorbelastung zu berücksichtigen wären.

2.2.2 Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Pflanzen und Biologische Vielfalt

Methodik

Der Vorhabenstandort und die angrenzenden Flächen sind ackerbaulich geprägt. Die nächsten Laub- und Mischwaldbestände beginnen an der nördlichen und nordöstlichen Grenze des Planungsraumes.

Basierend auf dem gutachterlich ermittelten Emissionsmassenstrom der geplanten Anlage beträgt der gemäß TA Luft einzuhaltende Mindestabstand gegenüber empfindlichen Pflanzen und Ökosystemen 53 m.¹

Innerhalb des Mindestabstandes befinden sich Feldgehölze, temporäre und permanent Wasser führende Kleingewässer sowie Wald.

Innerhalb des festgesetzten Sondergebietes hat der zentral gelegene Gewässerkomplex eine besondere Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz und wurde deshalb vertiefend untersucht.



Abbildung 2: Blick auf den Planungsraum in Richtung Osten

¹ Ammoniak-Immissionsprognose zum Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ der Gemeinde Tützpatz, Eco-Cert, Juli 2021,

Biotop- und Nutzungstypen mit hoher Bedeutung

| Nr. | Biotoptyp |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1 | <i>permanentes Kleingewässer; Großseggenried; Hochstaudenflur; verbuscht</i> |
| 2 | <i>temporäres Kleingewässer; Großröhricht; Ruderalvegetation; Großseggenried; verbuscht; Gehölz; sonstiger Laubbaum; Soll</i> |
| 3 | <i>temporäres Kleingewässer; Kleinröhricht; Phragmites-Röhricht; Ruderalvegetation; Abgrabungsgewässer; mesotroph</i> |
| 4 | <i>temporäres Kleingewässer; trocken gefallen; verbuscht</i> |
| 5 | <i>Flachsee; Großröhricht; Ruderalvegetation; Phragmites-Röhricht; Soll; Schwimmblattdecken; Kleinröhricht; Wasserlinsen</i> |
| 6 | <i>Feldgehölz; mit Altbäumen; Eiche</i> |
| 7 | <i>temporäres Kleingewässer; trocken gefallen; verbuscht; Eiche; sonstiger Laubbaum; Soll</i> |
| 8 | <i>Hecke</i> |
| 9 | <i>temporäres Kleingewässer; verbuscht; Weide; Eiche; Großröhricht; Soll</i> |
| 10 | <i>temporäres Kleingewässer; trocken gefallen; verbuscht; Soll</i> |
| 11 | <i>temporäres Kleingewässer; trocken gefallen; Ruderalvegetation; verbuscht; Soll</i> |
| 12 | <i>temporäres Kleingewässer; Unterwasservegetation; Kleinröhricht; verbuscht; Weide; Großröhricht; Ruderalvegetation; Soll</i> |
| 13 | <i>temporäres Kleingewässer; trocken gefallen; Gehölz; Eiche; Soll</i> |
| 14 | <i>temporäres Kleingewässer; Großröhricht; Ruderalvegetation; undiff. Röhricht; verbuscht; Gehölz</i> |
| 15 | <i>Laubwald, frisch, feucht</i> |
| 16 | <i>temporäres Kleingewässer; Staudenflur; undiff. Röhricht</i> |
| 17 | <i>Baumgruppe; Esche; Eiche</i> |
| 18 | <i>permanentes Kleingewässer; Gehölz; Staudenflur; strukturreich</i> |
| 19 | <i>Erlenbruch südlich von Tützpatz</i> |
| 20 | <i>Hecke; strukturreich</i> |
| 21 | <i>lückige Baumreihe</i> |
| 22 | <i>temporäres Kleingewässer; Wasserlinsen; Kleinröhricht; Großröhricht; Ruderalvegetation; verbuscht; sonstiger Laubbaum; mit Altbäumen; Eiche</i> |
| 23 | <i>Gebüsch/ Strauchgruppe; Eiche; Esche; sonstiger Laubbaum; mit Altbäumen</i> |
| 24 | <i>Hecke; undiff. Baumstadium; Eiche; Lesesteinhaufen/ -mauer</i> |
| 25 | <i>Hecke</i> |

Tabelle 1: kartierte Biotope im Umfeld des Vorhabenstandortes (Eco-Cert, 07/2020)Biotop- und Nutzungstypen mit mittlerer Bedeutung

Die Saumbereiche von Ackerflächen bieten im Übergang zu Forsten, Gehölzen, Straßen oder Siedlungsstrukturen Rückzugsräume für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten.

Insbesondere für Brutvögel ergeben sich Nahrungs- und Bruthabitate, die jedoch durch angrenzende Intensivnutzungen durch die Landwirtschaft verschiedenen nicht quantifizierbaren Störwirkungen ausgesetzt sind.

Biotop- und Nutzungstypen mit geringer Bedeutung

Das festgesetzte Sondergebiet umfasst ausschließlich intensiv genutzte Ackerflächen. Durch eine regelmäßige Bewirtschaftung mit landwirtschaftlicher Großtechnik sowie den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wird die Bedeutung als Lebensraum eingeschränkt.

Biotop- und Nutzungstypen mit untergeordneter Bedeutung

Verkehrsflächen und Siedlungsstrukturen im Außenbereich sind naturfern und zum Großteil versiegelt. Eine Bedeutung als Lebensraum lässt sich vorliegend nicht ableiten.

Fauna

Relevanzprüfung

Berücksichtigt man, dass sich innerhalb des Untersuchungsraums keine größeren natürlichen aquatischen und semiaquatischen Lebensräume befinden, so sind Wirkungen auf Fische (*Percidae*), Libellen (*Odonata*) Weichtiere (*Mollusca*), Fischotter (*Lutra lutra*), Biber (*Castor fiber*) und den Europäischen Nerz (*Mustela lutreola*) auszuschließen.

Für **Säugetiere** (*Mammalia*) wie Wildkatze (*Felis silvestris*), Luchs (*Lynx lynx*), Haselmaus (*Muscardinus avellanarius*), Feldhamster (*Cricetus cricetus*) und Wolf (*Canis lupus*) erzeugt die Flächeninanspruchnahme von Ackerflächen für eine Freiland-Legehennenanlage keine Wechselwirkungen.

Mögliche Lebensräume von **Käfern** wie Breitrand (*Dytiscus latissimus*), Eremit (*Osmoderma eremita*), Heldbock (*Cerambyx cerdo*), Schmalbindiger Breitflügel-Tauchkäfer (*Graphoderus bilineatus*) und Alpenbock (*Rosalia alpina*) befinden sich nicht innerhalb des festgesetzten Sondergebietes.

Eine Beeinträchtigung von **Schmetterlingen** (*Lepidoptera*) durch das geplante Vorhaben kann ausgeschlossen werden.

Vorzugslebensräume und Biotopstrukturen von **Kriechtieren** (*Reptilia*) wie der Europäischen Sumpfschildkröte (*Emys orbicularis*), der Zauneidechse (*Lacerta agilis*) und der Schlingnatter (*Coronella austriaca*) fehlen im Bereich der oben beschriebenen Eingriffsfläche vollständig. Eine Betroffenheit von Reptilien ist entsprechend auszuschließen.

Ein erhöhter Untersuchungsbedarf besteht aufgrund der und angrenzenden Gewässerstrukturen sowie Feldgehölze für Amphibien und Brutvögel.

Methodik

Für den in Rede stehenden Planungsraum wurden keine Kartierungen durchgeführt. Aufgrund der Vorprägung durch die intensive Landwirtschaft erfolgt diese Prüfung als worst-case-Analyse.

Die bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkintensität ist für die oben formulierten Planungsziele insgesamt als gering einzuschätzen.

Geplante Eingriffe beschränken sich auf ein unbedingt notwendiges Maß. Hochwertige Biotopstrukturen werden bewusst nicht überplant.

Die Betroffenheit streng oder besonders geschützter Arten im Bereich des geplanten Baufeldes ist auch aufgrund der intensiven Nutzung erwartungsgemäß sehr gering.

Von einer Kartierung des im Planungsraum vorkommenden Artenbestandes wird unter Beachtung der Einflüsse der intensiven Landwirtschaft abgesehen.

Von ihr wären keine neuen Erkenntnisse zu erwarten, da bereits allgemeine Erkenntnisse zu artspezifischen Verhaltensweisen und Habitatansprüchen vor dem Hintergrund der örtlichen Gegebenheiten sichere Rückschlüsse auf das Vorhandensein bzw. Fehlen bestimmter Arten zulassen.

Das Vorkommen einer Art wird angenommen, wenn die Art im Raum verbreitet ist und sich dort geeignete Habitatstrukturen befinden (*worst-case-Betrachtung*). Die Diskussion der Betroffenheit von artenschutzrechtlichen Verbotstatbeständen erfolgt in einem gesonderten Fachbeitrag.

Ergebnisse:

Brutvögel - Die einbezogenen Ackerflächen dienen den klassischen Offenlandbrütern, wie der Feldlerche als Lebensraum. In Abhängigkeit der Fruchtfolge wechselt jedoch die Qualität als Bruthabitat von Offenlandbrütern sowie die Individuendichte.

Amphibien - eine direkte Betroffenheit von Amphibien ist ausgeschlossen, denn Lebensräume, wie wasserführende Biotopstrukturen oder Fließgewässer werden nicht überplant. Aufgrund von bestehenden Biotopstrukturen außerhalb des Geltungsbereiches ist jedoch das Einwandern einzelner Tiere, insbesondere der Erdkröte nicht gänzlich auszuschließen.

2.2.3 Schutzgut Fläche

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden und Bodenversiegelungen sollen auf ein unbedingt notwendiges Maß begrenzt werden.

Vorliegend werden ausschließlich intensiv genutzte Ackerflächen mit einem mittleren landwirtschaftlichem Ertragsvermögen in Anspruch genommen. Die betroffenen Böden sind überwiegend schluffige bis lehmige Sande mit mittleren Bodenwertzahlen um 35.

Mit der Ansiedlung einer Freiland-Legehennenanlage erfolgt kein Entzug der landwirtschaftlichen Produktionsfläche. Durch den Einsatz von bis zu drei Mobilställen sind nahezu keine Vollversiegelungen erforderlich.

Die Anlage von teilversiegelten Schotterwegen im Umfang von bis zu 4.354 m² ermöglicht den Erhalt von vielen wichtigen Funktionen des Boden-Wasser-Haushaltes und ist als Eingriff schnell reversibel.

2.2.4 Schutzgut Boden

Die **Bewertung des Bodens** erfolgt anhand der Bodenfunktionen als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere, Pflanzen und Bodenorganismen, als Nährstoff- und Wasserspeicher, als Abbau-, Ausgleichs- und Aufbaumedium für stoffliche Einwirkungen insbesondere auch zum Schutz des Grundwassers, als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte und als Nutzfläche.

Böden mit hoher Bedeutung als Lebensraum

Als Böden mit hoher Bedeutung als Lebensraum für Flora und Fauna sind solche zu nennen, die das Vorkommen spezieller Arten ermöglichen.

Innerhalb des Geltungsbereiches sind keine Böden mit hoher Bedeutung als Lebensraum für Flora und Fauna vorhanden.

Böden mit hoher Bedeutung als Regler für den Stoff- und Wasserhaushalt

Aufgrund der derzeitigen und vorangegangenen Nutzung ist davon auszugehen, dass die wesentlichen Bodenfunktionen innerhalb des Geltungsbereiches durchschnittlich vorhanden sind. Insofern hat der Boden in diesem Bereich für den Stoff- und Wasserhaushalt keine hervorgehobene Bedeutung.

Böden mit hoher Bedeutung als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte

Im Bereich des Plangebietes befinden sich keine eingetragenen Baudenkmale sowie nach derzeitigem Kenntnisstand ebenfalls keine Bodendenkmale.

Böden mit einer hohen Bedeutung als Nutzfläche

Die Böden in Untersuchungsraum sind durch mittlere Bodenwertzahlen gekennzeichnet und weisen demnach eine mittlere Bedeutung für die Landwirtschaft auf.

2.2.5 Schutzgut Wasser

Oberflächenwasser

Wasserschutzgebiete sind von der Planung nicht betroffen.

Fließgewässer sind innerhalb des Geltungsbereiches nicht vorhanden. Die Ackerflächen im Planungsraum sind jedoch dräniert. Dieses Dränsystem ist zu erhalten.

Im Umfeld des festgesetzten Sondergebietes befinden sich zudem Ackerhohlformen, welche zum Teil nur temporär wasserführend sind. Gemäß § 20 NatSchAG M-V sind diese gesetzlich geschützten Biotope in Ihrer bestehenden Ausprägung zu erhalten.

Zeitlich begrenzte Grundwasserabsenkungen sind für das Vorhaben nicht erforderlich. Das Niederschlagswasser kann weiterhin auf der Vorhabenfläche versickern.

Grundwasser

Der Planungsraum liegt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten.

Die Überdeckung des Grundwasserleiters ist mit Tiefen größer 10 m als sehr hoch einzuschätzen.

2.2.6 Schutzgut Landschaft

Die Bewertung der Erlebnisqualität und des Landschaftsbildes erfolgt verbalargumentativ anhand der standortbezogenen Kriterien zur Vielfalt, Eigenart, Naturnähe (Kulturgrad) und Schönheit (Erleben).

Durch die bisherige Nutzung als Intensivacker hat der Planungsraum keine Bedeutung für die Erholungsnutzung.

Grundsätzlich ist der Untersuchungsraum durch eine geringe Reliefenergie gekennzeichnet. Strukturgebende Gliederungselemente wie Feldhecken und Gehölzflächen bieten insbesondere südlich und südöstlich einen guten Sichtschutz.

Einzig entlang der nördlichen Geltungsbereichsgrenze fehlen sichtverstellende Gehölzstrukturen, die jedoch mit der Umsetzung des Vorhabens ergänzt werden.

Bewertet man den Zustand der untersuchten Landschaft mittels der Erlebnisfaktoren Vielfalt, Eigenart und Schönheit, so trägt das geplante sonstige Sondergebiet durch seine Vorprägung, die anthropogen gestaltete Topographie und die bestehende Eingrünung eine geringe Bedeutung für den Natur- und Landschaftsraum.

Die Eigenart bezeichnet die historisch gewachsene Charakteristik und Unverwechselbarkeit einer Landschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt. Dabei kann die Eigenart sowohl natürlich als auch menschlich geprägt sein.

Als Teil der Kulturlandschaft mit den für den Bereich des Vorhabenstandortes typischen Landnutzungsformen ist der Vorhabenstandort in seiner Eigenart typisch für eine seit Jahrhunderten anthropogen überprägte Agrarlandschaft.

Als Biotopstrukturen, die zu einer Aufwertung des Landschaftsbildes führen und damit die Erlebbarkeit der Landschaft steigern, sind im Untersuchungsraum vor allem die Feldgehölze zu nennen.

Als naturnah und vielfältig wird eine Landschaft empfunden, in der erkennbare menschliche Einflüsse und Nutzungsspuren nahezu fehlen. Für den in Rede stehenden Planungsraum kann kein naturnaher Charakter festgestellt werden.

Die Naturnähe und Vielfalt als Ausdruck für die erlebbare Eigenentwicklung, Selbststeuerung, Eigenproduktion und Spontanentwicklung in Flora und Fauna beschränkt sich auf das Umfeld außerhalb des Einflussbereiches des Vorhabens.

2.2.7 Schutzgut Luft und allgemeiner Klimaschutz

Die Gemeinde Tützpatz, die der Landschaftszone „Rückland der Mecklenburgischen Seenplatte“ zugehört, liegt in einem niederschlagsreichen Gebiet, das warm und gemäßigt ist.

Es gibt das ganze Jahr über deutliche Niederschläge in Tützpatz. Selbst der trockenste Monat weist noch hohe Niederschlagsmengen auf. Die effektive Klimaklassifikation nach Köppen und Geiger ist Cfb. In Tützpatz herrscht im Jahresdurchschnitt einer Temperatur von 7,9°C. Innerhalb eines Jahres gibt es durchschnittlich 575 mm Niederschlag.

2.2.8 Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Baudenkmäler sind nach derzeitigem Kenntnisstand im Untersuchungsgebiet nicht vorhanden.

Innerhalb des Geltungsbereiches ist derzeit ein Bodendenkmal bekannt und es gibt weitere Bodendenkmalverdachtsflächen.

2.2.9 Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung

Innerhalb des Geltungsbereiches und im Umfeld von 1 km befinden sich keine Schutzgebiete, nationaler bzw. gemeinschaftlicher Bedeutung. Eine Prüfung der Betroffenheit erfolgte für das GGB-Gebiet DE 2244-301 „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ etwa 1.200 m westlich sowie das GGB-Gebiet DE 2244-302 „Kleingewässerlandschaft bei Gütztz (nördlich Altentreptow)“ etwa 3.300 m nordöstlich des Geltungsbereiches.

2.3 Entwicklungsprognosen des Umweltzustands

2.3.1 Entwicklungsprognosen bei der Durchführung der Planung

2.3.1.1 Auswirkungen auf das Schutzgut Bevölkerung und menschliche Gesundheit

Emissionen und Immissionen von Geruchsstoffen, Stäuben und Bioaerosolen

Auf der Grundlage der „Geruchsimmissions-Richtlinie - GIRL - Feststellung und Beurteilung von Geruchsimmissionen“ der Bund/Ländergemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) in der Fassung vom 29.02.2008 mit Ergänzung vom 10.09.2008 wurden durch das Büro ECO-CERT eine Geruchsimmissionsprognose unter Verwendung des Ausbreitungsmodells AUSTAL2000G erstellt.²

Die Ergebnisse werden nachrichtlich wie folgt zusammengefasst:

„Zur Prüfung der immissionsschutzrechtlichen Randbedingungen des geplanten Vorhabens ist die Erstellung einer Immissionsprognose zu Geruch und Staub sowie eine Aussage zu einer möglichen Bioaerosolbelastung erforderlich.

Die vorliegende Prognose beinhaltet die Bewertung der Geruchs- und Staubemissionen aus der geplanten Anlage und ihrer geplanten Ausführung und daraus abgeleitet eine Prognose der Immissionen von Geruch und Feinstaub (PM10) im Nahbereich der Anlage.

In den Anlagen 1 und 2 erfolgt die Darstellung der prognostizierten Geruchsstundenhäufigkeiten als Zusatzbelastung aus der geplanten Legehennenhaltung in Form von Flächenwerten bzw. Isolinien. In der Ortslage Schossow werden max. 0,2 %/a Geruchsstundenhäufigkeiten prognostiziert, in den Ortslagen Gützkow, Röckwitz und Tützpatz 0,1 %/a Geruchsstundenhäufigkeiten. Damit liegt die Zusatzbelastung aus dem geplanten Vorhaben deutlich unter der Irrelevanzschwelle von 2 %/a Geruchsstundenhäufigkeiten gemäß GIRL.

In der Anlage 4 erfolgt die Darstellung der prognostizierten Feinstaub (PM10)-Konzentration als Zusatzbelastung aus der geplanten Legehennenhaltung in Form von Isolinien. In den nächsten Ortslagen beträgt die Zusatzbelastung der Feinstaubkonzentration 0. Der Irrelevanzwert von 1,2 µg/m³ wird bereits unmittelbar hinter der Vorhabenfläche unterschritten.

Damit kann davon ausgegangen werden, dass von der Anlage keine Gefahren für die menschliche Gesundheit durch die Immission von Bioaerosolen ausgehen.

² Immissionsprognose zu Geruch sowie Staub/Bioaerolose zum Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ der Gemeinde Tützpatz, Eco-Cert, Juli 2021

Zusammenfassend ist festzustellen, dass erhebliche Beeinträchtigungen der nächstgelegenen Ortslagen (Wohnbebauung) durch Geruchs-, Staub- und Bioaerosol-Immissionen ausgeschlossen werden können.

Emissionen und Immissionen von Geräuschen

Geräuschemissionen, die nach Art, Ausmaß oder Dauer geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit oder die Nachbarschaft herbeizuführen, sind aufgrund des großen Abstandes von mehr als 850 m nicht zu erwarten.

2.3.1.2 Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Pflanzen und Biologische Vielfalt

Im § 14 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sind Eingriffe in Natur und Landschaft definiert als „Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können.“

Innerhalb dieser Unterlage ist zu prüfen, welche Auswirkungen die mit dem Bebauungsplan getroffenen Festsetzungen auf Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt des Untersuchungsraumes haben können.

Die Beeinträchtigung bis hin zum Entzug von Lebensräumen ist für Pflanzen und Tiere auf den Planungsraum selbst und die damit in Verbindung stehende Festsetzung von sonstigen Sondergebieten begrenzt.

Unter Punkt 2.2 dieser Unterlage wurde dargestellt, dass der Vorhabenstandort ausschließlich eine sehr geringe bis geringe Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz aufweist. Beeinträchtigungen von höheren Arten und Lebensgemeinschaften durch Versiegelung und Flächeninanspruchnahme sind deshalb weitestgehend auszuschließen.

Hochwertige Biotopstrukturen außerhalb der Plangeltungsbereiche werden durch bauliche Veränderungen nicht berührt.

Die Begrenzung der mit dem Vorhaben in Verbindung stehenden Eingriffe auf ein der Vorbelastung und Eignung des jeweiligen Planungsraumes entsprechendes Maß sichert die unter 2.2.2 bewerteten hochwertigen Biotope und Lebensräume außerhalb der Plangeltungsbereiche nachhaltig in ihrem Bestand.

Auswirkungen in der Bauphase:

Mit dem Vorhaben sind für das festgesetzte Sondergebiet Neuversiegelungen in einem Umfang von bis zu 4.854 m² davon **500 m² Vollversiegelung** sowie **4.354 m² Teilversiegelung** möglich. Eine Beseitigung oder Beeinträchtigung von Wertbiotopen oder gesetzlich geschützten Biotopen findet dabei jedoch nicht statt.

Vermeidung und Minderung

Es werden ausschließlich intensiv genutzte Ackerflächen mit einer geringen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz in Anspruch genommen.

Ausgleich

Die mit dem Vorhaben in Verbindung stehenden Eingriffe können durch die Zuordnung, Sicherung und Umsetzung von geeigneten Ausgleichsmaßnahmen vollständig kompensiert werden.

Insbesondere mit der Neuschaffung von zusätzlichen Heckenstrukturen an der Südgrenze des Planungsraumes werden für Gehölzbrüter, Kleinsäuger und Insekten zusätzliche Lebensräume entstehen.

Das verbleibende Defizit soll durch den Erwerb von Ökopunkten ausgeglichen werden.

Auswirkungen in der Betriebsphase:

Um eine Beeinträchtigung von empfindlichen Lebensräumen aufgrund von Ammoniakimmissionen sowie Stickstoffdepositionen auszuschließen, erfolgte eine Beurteilung der Ammoniakimmissionen und Stickstoffdepositionen im Umfeld des Vorhabens.³

Die Ergebnisse werden nachrichtlich wie folgt zusammengefasst:

Zur Prüfung der immissionsschutzrechtlichen Randbedingungen des geplanten Vorhabens ist die Erstellung einer Immissionsprognose zu Ammoniak und Gesamtstickstoff erforderlich.

Die vorliegende Prognose beinhaltet die Bewertung der Ammoniakemissionen aus der geplanten Anlage und ihrer geplanten Ausführung und daraus abgeleitet eine Prognose der Immissionen von Ammoniak und Gesamtstickstoff im Nahbereich der Anlage.

³ Ammoniak - Immissionsprognose zum Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ der Gemeinde Tützpatz, Eco-Cert, Juli 2021

Es erfolgte die Darstellung der Zusatzbelastung der Ammoniakkonzentration aus der geplanten Legehennenhaltung. Fazit ist, dass an keinem Beurteilungspunkt der Grenzwert der Zusatzbelastung in Höhe von $3 \mu\text{g}/\text{m}^3$ erreicht wird. Somit können erhebliche Beeinträchtigungen mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden.

Es erfolgte die Darstellung der Zusatzbelastung für die geplante Legehennenhaltung mit einer mittleren Depositionsgeschwindigkeit von $0,012 \text{ m/s}$ für die Offenlandbiotope, in der Anlage 4 mit einer doppelten Depositionsgeschwindigkeit von $0,02 \text{ m/s}$ für die Waldbiotope innerhalb des jeweiligen o. g. Wirkraumes ($> 0,3 \text{ kg N/ha*a}$ –Isoplethe für Offenland- bzw. für Waldbiotope). Weitere Untersuchungen konnten den Nachweis erbringen, dass erhebliche Beeinträchtigung ausgeschlossen werden können.

Die untersuchten GGB-Gebiete liegen deutlich außerhalb des Wirkraumes der geplanten Legehennenhaltung.

Fauna

Die im Untersuchungsraum vorkommenden Vogelarten sind aufgrund der Vorprägung des Vorhabenstandortes an die landwirtschaftlichen Betriebsabläufe gewöhnt. Eine Betroffenheit allein durch die getroffenen planungsrechtlichen Festsetzungen lässt sich ausschließen.

Im Kapitel 2.2.2 konnte ein erhöhter Untersuchungsbedarf für Brutvogelarten sowie für Amphibien insbesondere in der Bauphase abgeleitet werden.

Eine Beeinträchtigung von **Amphibien** (*Amphibia*) ist durch das Aufstellen von Mobilställen nicht zu erwarten. Vorzugslebensräume von Amphibien werden für das Vorhaben nicht in Anspruch genommen.

Eine Überbauung oder Beseitigung von potenziellen Laichgewässern findet nicht statt.

Innerhalb des Planungsraumes bestehen keine Gewässerstrukturen mit einer Bedeutung für das Vorkommen von Amphibienarten.

Dennoch ist das Einwandern von Amphibien nicht auszuschließen. Wanderbewegungen zwischen den Gewässerkomplexen nordwestlich und südöstlich jeweils außerhalb des Planungsraumes sind möglich.

Mit dem Zaunbau und der Herstellung von Photovoltaikanlagen als Schutz- und Leiteinrichtungen können Betroffenheiten bis hin zum Töten von Einzelindividuen während der Wanderbewegungen nicht ausgeschlossen werden.

Wenn die Bauzeit außerhalb Hauptwanderungszeiten der Amphibien von September bis März stattfindet, sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten. Sollte die Bauzeit innerhalb dieses Zeitraums stattfinden, ist ein Folienschutzzaun aufzustellen, der das Einwandern in das Baufeld verhindert.

Brutvögel der Offenlandbereiche

Bedingt durch den direkten oder indirekten Flächenverlust in der Bauphase steht die Vorhabenfläche nur begrenzt als Lebensraum zur Verfügung. Diese Wirkung könnte in Folge der Anwesenheit von Menschen sowie durch Fahrzeugbewegungen bzw. ein erhöhtes Verkehrsaufkommen hervorgerufen werden.

Die Quantifizierung eines solchen Flächenverlustes ist nur bedingt möglich. Hier sind artspezifische Verhaltensweisen heranzuziehen. So sind für jede Art unterschiedliche Fluchtdistanzen anzusetzen.

Die Faktoren Störung und Verdrängung werden mit dem Baubetrieb durch temporäre Lärmimmissionen und Erschütterungen relevant.

Es ist zu erwarten, dass sich das Vorkommen europäischer Vogelarten temporär auf angrenzende unbeeinflusste Bereiche verschieben wird. Vorhabenbedingte Störungen während der Aufzuchtzeiten sind vollständig auszuschließen.

Umliegende nicht überbaute Flächen können ausweichend während der Bauphase genutzt werden.

Zur Vermeidung einer Tötung von Bodenbrütern und zur Störungsvermeidung von angrenzenden Brutvögeln der Gehölze sollte eine Bauzeitenbeschränkung eingehalten werden, d.h. Bauarbeiten sollen nur außerhalb der Brutzeit im September bis März erfolgen. Bei Baubeginn innerhalb der Brutzeit soll vorher durch einen Gutachter überprüft werden, ob ein aktuelles Brutgeschehen im Bereich des festgesetzten Baufeldes ausgeschlossen werden kann.

Erhebliche Beeinträchtigungen und Störungen von europäischen Vogelarten während der Bauphase, die zur Aufgabe von Lebensräumen, Brutplätzen und/oder zur Tötung von Entwicklungsformen geschützter Vogelarten führen könnten, sind insbesondere durch eine Bauzeitenregelung auszuschließen.

Für Nahrung suchende, überfliegende und rastende Vogelarten lässt sich im Zusammenhang mit dem in Rede stehenden Vorhaben kein erhöhtes Gefährdungspotenzial ableiten.

Zusammenfassend beinhaltet das Vorhabenkonzept **Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung** von Wirkungen auf Lebensräume und Arten mit einer besonderen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Folgende Maßnahmen wurden in das gemeindliche Planungskonzept integriert:

- Bauzeitenregelung zum Schutz europäischer Vogelarten, außerhalb der Brutzeit von Bodenbrütern und den Hauptwanderungszeiten von Amphibien durchgeführt, d.h. im Zeitraum 1. August bis 1. März
- keine Beseitigung von Gehölzstrukturen oder Gewässern

Negative Auswirkungen auf das Schutzgut Tiere und Pflanzen einschließlich der biologischen Vielfalt lassen sich bei Einhaltung der festgelegten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen nicht ableiten.

2.3.1.3 Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche

Die Ackerflächen haben eine mittlere Bedeutung für die Landwirtschaft. Die betroffenen Böden bleiben im Rahmen der Diversifizierung der Landwirtschaft jedoch als Auslauffläche für Freilandlegehennen als landwirtschaftliche Produktionsgrundlage erhalten.

Großflächige Versiegelungen können durch den Einsatz von Mobilställen anstelle von massiven Stallgebäuden weitestgehend vermieden werden.

Es sind folglich keine erheblichen negativen Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche erkennbar.

2.3.1.4 Auswirkungen auf das Schutzgut Boden

Es handelt es sich im Planungsraum überwiegend um Böden mit normaler Funktionsausprägung ohne besondere Bedeutung als Lebensraum für geschützte Pflanzen und Tiere. Diese Böden haben als Naturkörper und Lebensgrundlage für Menschen und Tiere insbesondere in ihren Funktionen als Lebensraum für Bodenorganismen, als Standort für die natürliche Vegetation und Standort für Kulturpflanzen, als Ausgleichskörper im Wasserkreislauf, als Filter und Puffer für Schadstoffe sowie als landschaftsgeschichtliche Urkunde eine untergeordnete Bedeutung.

Durch den Einsatz der bautechnischen Geräte sowie durch den Fahrzeugverkehr besteht die potenzielle Gefährdung der Freisetzung von Schadstoffen (Treibstoffe, Schmieröle), insbesondere in Senken, in denen sich das Niederschlagswasser ansammeln kann. Vor Beginn der Bauarbeiten sind die Baufahrzeuge auf ihren technisch einwandfreien Zustand zu prüfen. Mängel an Fahrzeugen sind umgehend zu beheben. Mangelhafte Fahrzeuge und Geräte sind von der Baustelle zu entfernen. Gleichzeitig werden die Fahrzeugführer der Baufahrzeuge auf diese potenzielle Gefährdung hingewiesen und hinsichtlich einer ordnungsgemäßen und umsichtigen Bauausführung belehrt. Lagerplätze sind in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten, der ein Freisetzen von Schadstoffen unterbindet.

Ereignet sich trotz umsichtiger Arbeitsweise eine Havarie und kommt es dabei zur Freisetzung von Schadstoffen, so ist der verunreinigte Boden umgehend ordnungsgemäß zu entsorgen und gegen unbelasteten Boden auszutauschen.

Die Arbeiten sind so auszuführen, dass Verunreinigungen von Boden und Gewässer durch Arbeitsverfahren, Arbeitstechnik, Arbeits- und Transportmittel nicht zu besorgen sind. Bei auftretenden Havarien mit wassergefährdenden Stoffen ist der Schaden sofort zu beseitigen.

Die zuständige untere Wasserbehörde ist unverzüglich über die Havarie und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.

Die Bauleitung hat u. a. die Einhaltung der umweltschutzrelevanten Bestimmungen zu kontrollieren und durchzusetzen.

Für das Schutzgut Boden ist festzustellen, dass die wesentlichen Funktionen durch die geplante Errichtung und den Betrieb einer Freiflächen-Photovoltaikanlage nicht verloren gehen.

Die Verlegung der Kabel beschränkt sich auf Flächen mit geringer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Die Fläche wird nur während der Baudurchführung temporär beansprucht. Der Arbeitsstreifen kann nach der Verlegung wieder rekultiviert werden. Die Wertigkeit des Biotoptyps wird nicht verändert.

Falls Anzeichen für altlastenrelevante Bodenbelastungen angetroffen werden, sind unverzüglich die Arbeiten einzustellen und die untere Wasserbehörde zu informieren. Treten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten wie z.B. unnatürliche Verfärbungen, Gerüche oder Müllablagerungen auf, ist der Fachdienst Natur- und Umweltschutz des Landkreises zu informieren, um weitere Verfahrensschritte abzustimmen.

Insofern Recyclingmaterial zum Einbau kommen soll (z.B. für die Befestigung von Verkehrsflächen), ist die LAGA⁴ zu beachten. Sollte Fremdboden oder mineralisches Recyclingmaterial auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht gebracht werden, sind die Vorsorgewerte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung⁵ bzw. für dort nicht enthaltene Schadstoffe die Zuordnungswerte Z-0 der LAGA einzuhalten.

⁴ Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/ Abfällen- Technische Regeln (LAGA, Stand: 05.11.2004) nach derzeitigem Stand

⁵ Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 (BGBl. T. I S.1554)

2.3.1.5 Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser

Der Untersuchungsraum befindet sich nicht in einer Trinkwasserschutzzone bzw. in einem Überschwemmungsgebiet. Naturnahe Gewässer befinden sich außerhalb des Einflussbereiches des Vorhabens.

Anfallendes Niederschlagswasser ist, soweit eine Verunreinigung des Grundwassers nicht zu befürchten ist und sonstige Belange nicht entgegenstehen, zu versickern. Diese Gewässerbenutzung ist gem. § 8 WHG i. V. m. § 9 WHG durch eine behördliche Erlaubnis zu legitimieren.

Anfallendes Regenwasser von Dach- und Verkehrsflächen ist ordnungsgemäß zu beseitigen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Niederschlagswasser im Bereich von Tierhaltungsanlagen potentiell durch stickstoffhaltige Emissionen/ Stäube verschmutzt ist. Bei einer Einleitung ins Grundwasser bedarf es daher einer Vorbehandlung, z. B. über eine bewachsene Bodenschicht.

Mit verunreinigtes Niederschlags- und Prozesswasser ist zu sammeln und einer fachgerechten Verwertung oder Entsorgung zuzuführen.

Es besteht aufgrund des geringen Grundwasserflurabstandes eine **besondere Sorgfaltspflicht in den stallnahen Bereichen**.

Es liegen allgemeine Erkenntnisse dazu vor, dass sich Legehennen bevorzugt in Stallnähe aufhalten, wodurch hier auch ein konzentrierter Nährstoffeintrag in den Boden, ggf. auch direkt in das Grundwasser, erfolgt.

Zudem wird auf den stallnahen, stark frequentierten Flächen oft dauerhaft der Bewuchs zerstört, so dass ein Nährstoffentzug hier nicht oder nicht maßgeblich erfolgen kann. Die Auswirkungen des geplanten Vorhabens auf das Grundwasser sind deshalb zu untersuchen und zu beurteilen. Untersuchungen des Oberbodens vor Inbetriebnahme der Anlage, mindestens auf Stickstoff und Phosphor, werden als „Nullbeprobung“ durchgeführt.

Im Rahmen der weiterführenden Planungen sind zum Schutz des Grundwassers vor Nährstoffeinträgen geeignete Vorkehrungen sowie Maßnahmen zur Betriebsführung festzulegen. In Betracht kommen z. B. aktive Maßnahmen zum Erhalt/zur Pflege der Grasnarbe sowie die Schaffung natürlicher und/oder künstlicher Strukturen in den Auslaufflächen zur Verhinderung lokaler Übernutzung.

Vermeidung und Minimierung von Stickstoffeinträgen

Einwendungen der anerkannten Naturschutzverbände im Rahmen von Genehmigungsverfahren für Freiland-Legehennen zielen regelmäßig darauf ab, dass der Nutzungsgrad der Auslaufflächen und der draus resultierende Nährstoffeintrag in den Boden-Wasser-Haushalt sehr differenziert zu betrachten sei.

So geht man davon aus, dass der stallnahe Bereich des Freilandauslaufes deutlich intensiver genutzt wird, als entfernter liegende Auslaufflächen. Insbesondere für stationäre Stallgebäude wird durch die hohe Nutzungsdichte unterstellt, dass sich im stallnahen Bereich keine geschlossene Vegetationsdecke ausbilden kann und darüber hinaus hier etwa 70 % des im Freilandauslauf zu erwartenden Kotanfalls abgelagert wird. Durch die fehlende Vegetationsdecke würden die Nährstoffe weder pflanzenverfügbar entzogen noch im Boden gebunden werden können.

Dieser Sachverhalt hätte zur Folge, dass es in den stallnahen Bereichen insbesondere durch Niederschläge zu erhöhten Auswaschungen in den anstehenden Boden-Wasser-Haushalt kommen würde.

Die Einwander nehmen an, dass damit von diesen Flächen eine Gefährdung des Grundwassers nicht auszuschließen sei.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen lassen sich jedoch weder eine räumliche Abgrenzung des gefährdeten stallnahen Bereiches noch die tatsächlich zu erwartende Menge des unterstellten Nährstoffeintrages im stallnahen Bereich exakt bestimmen.

Vorliegend sollen im Sinne des vorbeugenden Schutzes des Grundwassers die mit dem Nährstoffeintrag in den Boden (Kot der Hennen) verbundenen möglichen Auswirkungen bereits auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt werden.

Schon die Gestaltung der Auslauffläche mit Leiteinrichtungen und Schutzeinrichtungen kann zu einer Veränderung des Nutzungsverhaltens bzw. zur Minderung von Nährstoffkonzentrationen innerhalb der Auslauffläche führen.

Ziel ist die Vermeidung von schädlichen Bodenveränderungen im Sinne der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV), d. h. Beeinträchtigungen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen, sollen vermieden werden.

Gemäß § 48 Wasserhaushaltsgesetz dürfen Stoffe nur so gelagert oder abgelagert werden, dass eine nachhaltige Veränderung der Grundwasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist.

Die Einwander gehen in Anlehnung an die EG-Nitratrichtlinie davon aus, dass für die Auslaufflächen Nährstoffe nur so aufgebracht werden dürfen, dass die aufgebrachte Menge an Gesamtstickstoff im Durchschnitt 170 Kilogramm Gesamtstickstoff je Hektar und Jahr nicht überschreitet.

Sofern sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers auswirken könnte, muss der Focus für das vorliegende Vorhaben in der Vermeidung von Stoffeinträgen in den stallnahen Auslaufbereichen liegen.

Damit sollen insbesondere nachteilige Veränderungen der Grundwasserbeschaffenheit, wie Veränderungen der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit des Grundwassers verhindert werden (vgl. § 3 Nr. 9 WHG).

Ausgehend von unterschiedlichen Studien ergibt sich für den stallnahen Bereich im Vergleich zur gesamten Auslauffläche ein verhältnismäßig hoher Nährstoffanteil. Allerdings lässt sich weder aus der Gesetzgebung noch aus der Rechtsprechung eine Definition des stallnahen Bereiches herleiten. Es gibt resultierend keine belastbaren Erkenntnisse zur tatsächlichen Verteilung von Nährstoffeinträgen innerhalb des Auslaufes von Legehennen.

Bisherige Untersuchungen zu diesem Sachverhalt konzentrierten sich auf kleine Herden. Da sich insbesondere das Auslaufverhalten von Hennen in großen Herden erheblich von dem in kleinen Herden unterscheidet, wurden im Rahmen des Projektes „Optimierung der Freilandhaltung von Legehennen in der Praxis“ (EU und Land Niedersachsen, 2001-2004) u.a. die Aufenthaltshäufigkeiten der Hennen in bestimmten Auslaufabschnitten sowie die standortspezifischen Einflüsse auf das Auslaufverhalten bei Herdengrößen von 1.450 bzw. 4.500 Hennen untersucht.

Eine Übertragbarkeit auf größere Herdengrößen, die regelmäßig auch in der konventionellen Freiland-Legehennenhaltung zur Anwendung kommen, gibt es bisher nicht. Der in Rede stehende Bebauungsplan bietet im Rahmen eines Forschungsansatzes nun die Möglichkeit, entsprechende Monitoring-Ergebnisse für bis zu 6.000 Tierplätze zu liefern.

Basierend auf Erfahrungswerten der Freiland-Legehennenpraxis und den vorliegenden Literaturangaben wird für den stallnahe Bereich von 0 m bis 17 m ein hoher Nährstoffanfall angenommen. Im stallfernen Bereich ist dagegen kaum noch mit nennenswerten Nährstoffeinträgen durch die Hennen zu rechnen.

Das in Rede stehende Projekt bietet durch eine anteilige Überdachung der Auslaufflächen mit Photovoltaikanlagen die Möglichkeit, dass die Tiere geschützt vor Prädatoren aus der Luft, den stallnahen Bereich häufiger verlassen. Der unterhalb der Module anfallende Kot wird kaum Niederschlagseinflüssen ausgesetzt und folglich nicht in den Boden ausgewaschen werden kann.

Je nach Nutzungsintensität werden die zur Anwendung kommenden Mobilställe zu den Wechselläufen bewegt, um dauerhaft eine nährstoffverwertende Vegetationsdecke zu erhalten.

Im Vergleich zu konventionellen Anlagen sind so keine zusätzlichen Auslaufbefestigungen aus Beton, Kies, Vlies oder eine Bearbeitung des Bodens bzw. ein regelmäßiges abgetragen des Kotes notwendig.

Sowohl die Überdachung als auch die Befestigung und die hohe Variabilität der Mobilställe verhindern wirksam Nährstoffeinträge in den Auslaufflächen.

Dass sich der unterstellte Nährstoffeintrag auf die Schutzgüter der Allgemeinheit, des Bodens und des Grundwassers und damit auf die Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens auswirken könnte, wird damit sicher unterbunden.

2.3.1.6 Auswirkungen auf das Schutzgut Luft und Allgemeiner Klimaschutz

Erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigungen der Luft sind mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans nicht zu erwarten.

2.3.1.7 Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft

Hochwertige Landschaftsbildräume sind von der bestehenden Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes nicht betroffen.

Eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes durch das geplante Vorhaben ist nur bedingt quantifizierbar. Es ist eine Sichtbarkeit von Anlagenbestandteilen überwiegend zur offenen Landschaft hauptsächlich mit zunehmender Entfernung bzw. in der unmittelbaren Nähe zur Anlage zu erwarten.

Mobilställe, Zäune und auch die in den Auslauf integrierten Solarmodule sind landschaftsfremde Objekte. Auf Grund ihrer Größe, ihrer Uniformität, der Gestaltung und der Materialverwendung führen sie zu einer Veränderung des Landschaftsbildes.

Vorliegend ist für eine mögliche Beeinträchtigung der nördlichen Plangebietsgrenze relevant. Hier sind auf einer Gesamtlänge von rund 1.300 m keine sichtverschattenden Gehölze vorhanden.

Vermeidung und Minimierung

Vorliegend soll das Vorhaben so umgesetzt werden, dass die anlagenbedingten Beeinträchtigungen durch bauliche Dominanz weitestgehend minimiert werden können.

Kompensation

Eine Bepflanzung als Sichtschutz entlang der nördlichen Geltungsbereichsgrenze bildet einen wichtigen Bestandteil des Planungskonzeptes.

Dazu sind die mit B gekennzeichneten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft auf einer Gesamtlänge von 1.323 m als lineare Gehölzstruktur zu entwickeln. Durch die Pflanzmaßnahmen wird der Eingriff mit den festgesetzten Maßnahmeflächen vollständig kompensiert.

2.3.1.8 Auswirkungen auf Schutzgebiete und Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung

Betrachtung der nächsten NATURA2000-Gebiete

(FFH-Verträglichkeitsvorprüfung)

Gemäß Stickstoffleitfaden BImSchG-Anlagen, LAI und LANA, 19.02.2019 ist der erste Schritt der Erheblichkeitsbeurteilung die Prüfung der Unterschreitung des Abschneidekriterium in Höhe von $0,3 \text{ kg N / (ha*a)}$. Diesem Ansatz liegt die Überlegung zu Grunde, dass sehr geringe zusätzliche Mengen Stickstoffeintrag im Kontext des Gesamteintrags von Stickstoff in Deutschland nicht als ursächlich für eine negative Veränderung angesehen werden können.

Das nächste GGB-Gebiet „Gützkower Wald und anschließende Kleingewässer“ beginnt ca. 1.200 m, nordwestlich, und liegt deutlich außerhalb des Wirkraumes.⁶

Somit können mit hinreichender Sicherheit projektbezogene Wirkungen auf die nächsten SPA- und FFH-Gebiete und deren Lebensraumtypen und Arthabitate ausgeschlossen werden.

2.3.1.9 Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Im Vorhabenbereich befinden sich keine Bodendenkmäler oder archäologischen Denkmäler. Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht zu erwarten.

2.3.2 Anfälligkeit des Projekts für schwere Unfälle und/oder Katastrophen

Gefährliche Stoffe im Sinne der Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV), die die in Anhang I genannten Mengenschwellen überschreiten, sind beim Bau und Betrieb von Freiland-Legehennenanlagen nicht vorhanden.

Das Vorhaben unterliegt somit nicht den Anforderungen der Störfallverordnung. Es handelt sich um keinen Störfallbetrieb und auch im Umfeld sind keine Störfallbetriebe, sodass Wechselwirkungen nicht auftreten können. Die Gefahr von schweren Unfällen ist nicht gegeben. Eine erhebliche Gefahr des Austretens wassergefährdender Stoffe besteht mit dem geplanten Vorhaben nicht.

⁶ Ammoniak - Immissionsprognose zum Bebauungsplan Nr. 6 „südlich von Tützpatz“ der Gemeinde Tützpatz, Eco-Cert, Juli 2021

2.3.3 Entwicklungsprognosen des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung des Vorhabens

Es ist davon auszugehen, dass bei Nichtdurchführung des zu prüfenden Vorhabens das Plangebiet als landwirtschaftliche Nutzfläche bestehen bleibt.

Darüber hinaus wird die Stabilität und Leistungsfähigkeit des Umwelt- und Naturhaushalts am geplanten Anlagenstandort keinen wesentlichen Veränderungen unterliegen.

2.3.4 Gesamtbewertung der Umweltauswirkungen einschließlich der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Auf Grund von Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen, der zurückhaltenden Erschließung und Gliederung des Planungsraumes, der Verwendung modernster Technologien und der Vermeidung von Neuversiegelungen fügt sich der bestehende Anlagenstandort als Teil der Kulturlandschaft gut in den Bestand ein.

Schutzgutbezogen erfolgt hier eine zusammenfassende Darstellung der Wirkungen des geplanten Vorhabens unter Berücksichtigung der zu erwartenden Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern.

Schutzgut Bevölkerung und menschliche Gesundheit

Unter Punkt 2.2.1 dieser Unterlage konnten keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Bevölkerung und menschliche Gesundheit ermittelt werden.

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht zu erwarten.

Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Betroffen ist ein Standort von ausschließlich geringer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz.

Der Einfluss auf hochwertige und empfindliche Biotope und Lebensräume des Untersuchungsraumes wurde prognostisch ermittelt. Hier sind die Auswirkungen als gering einzuschätzen. Innerhalb des Planungsraumes sind keine erheblichen oder nachhaltigen Umweltauswirkungen für das Schutzgut Tiere und Pflanzen zu erwarten.

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht zu erwarten.

Schutzgut Fläche

Es konnten keine erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fläche ermittelt werden.

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht zu erwarten.

Schutzgut Boden

Die Möglichkeit des Auftretens von Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern Boden, Pflanzen, Tiere und Wasser besteht nicht, denn eine wesentliche Veränderung des Bodens, die zu Verschiebungen im Pflanzen- und Tierbestand führen könnte, findet nicht statt. Wechselwirkungen sind in diesem Falle nicht abzuleiten.

Schutzgut Wasser

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht zu erwarten.

Schutzgut Luft und allgemeiner Klimaschutz

Luft ist als Medium ein wesentlicher Transportpfad für die Ausbreitung von Schall und Abgasen.

Da die Emissionsauswirkungen des Vorhabens auch unter Berücksichtigung der klimawirksamen Faktoren im Untersuchungsraum zu keinen nennenswerten Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch und des Schutzgutes Tiere und Pflanzen führen, sind Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern nicht zu erwarten.

Schutzgut Landschaft

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht erkennbar.

Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter

Wechselwirkungen mit anderen Schutzgütern sind nicht erkennbar.

2.4 In Betracht kommende anderweitige Planungsmöglichkeiten

Der Vorhabenstandort erscheint durch bestehende Vorbelastungen der Intensivlandwirtschaft und fehlende Nutzungskonkurrenz als idealer Standort für die vorliegende Planung.

Der Standort ist verkehrstechnisch bereits erschlossen, sodass weitere Verkehrsflächen für das Vorhaben nicht erforderlich sind.

Negative Beeinflussungen anderer, naturschutzfachlich bedeutender Standorte konnten so vermieden werden.

2.5 Geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen

Maßnahmen zur Vermeidung und Minimierung von Wirkungen auf Lebensräume und Arten:

- Bauzeitenregelung zum Schutz europäischer Vogelarten, außerhalb der Brutzeit von Bodenbrütern und den Hauptwanderungszeiten von Amphibien durchgeführt, d.h. im Zeitraum 1. August bis 1. März
- Schaffung von Lebensräumen von Brutvögeln, Amphibien usw.
- keine Beseitigung von Gehölzstrukturen

Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen zum Schutzgut Wasser:

- Einsatz von Mobilställen sowie regelmäßige Nutzung von Wechselläufen
- Photovoltaikanlagen als Strukturelemente und Leiteinrichtungen für eine größere Verteilungshäufigkeit in den Auslaufflächen

Minimierungsmaßnahmen zum Schutzgut Landschaft:

- südseitige Sichtschutzbepflanzung auf einer Gesamtlänge von 1.323 m

3. Weitere Angaben zur Umweltprüfung

3.1 Beschreibung von methodischen Ansätzen und Schwierigkeiten bzw. Kenntnislücken

Die Beurteilung der Umweltauswirkungen des Vorhabens erfolgte verbal argumentativ unter Einbeziehung bestehender gutachterlicher Untersuchungen. Hinweise zum Detaillierungsgrad und zu den Anforderungen an die Umweltprüfung wurden im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung der zuständigen Fachbehörden ermittelt.

3.2 Hinweise zur Überwachung (Monitoring)

Über ein Monitoring überwacht die Kommune die erheblichen Umweltauswirkungen, um unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln.

In der Betriebsführung der Legehennenanlage ist es innerhalb eines festzulegenden Rhythmus möglich, die zur Verfügung stehenden Auslaufflächen effektiv und getrennt voneinander zu nutzen.

Entsprechend ist sichergestellt, dass sich die Vegetationsdecke regelmäßig regenerieren kann. Der anfallende Stickstoff konzentriert sich so nicht in den stallnahen Bereichen. Er kann pflanzenverfügbar im gesamten Auslaufbereich verwertet werden.

Weil zu diesem neuartigen Ansatz der Diversifizierung der Landwirtschaft bisher keine Referenzen und Erfahrungen bestehen, können mit der Umsetzung des Bebauungsplans neue positive Ansätze für eine umwelt- und klimafreundliche Tierhaltung mit einer besonderen Bedeutung für die Land- und Energiewirtschaft erforscht werden. Hierzu haben die beteiligten Projektpartner ihre Unterstützung zugesichert.

Das **Monitoring-Konzept** sieht vor, diese Auswirkungen durch geeignete Überwachungsmaßnahmen und eine wissenschaftliche Begleitung in regelmäßigen Intervallen nach Realisierung des Vorhabens zu prüfen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Feinsteuerung abzuleiten.

Allgemeine Untersuchungen liefern jedoch Hinweise, dass der Eintrag von Stickstoff durch die Legehennenhaltung sehr stark von der Tierplatzzahl pro Fläche und von dem tatsächlich genutzten Flächenanteil der zur Verfügung stehenden Ausläufe abhängen wird.

Wenig Tiere auf einer Fläche mit kurzen Nutzungsintervallen werden die Beanspruchung der Weidefläche und die damit verbundene Belastung durch Stickstoffeinträge auf ein unbedenkliches Maß reduzieren.

Die Gemeinde plant, nach Realisierung des Vorhabens zu prüfen, ob die notwendigerweise mit mehr oder weniger deutlichen Unsicherheiten verbundenen Untersuchungen im Nachhinein zutreffen bzw. erhebliche unvorhersehbare Umweltauswirkungen aufgetreten sind. Die Prüfung erfolgt durch die Einbeziehung entsprechender Fachgutachter. Alle mit dem Monitoring-Konzept in Verbindung stehenden Aufwendungen sind durch den Investor zu tragen.

3.3 Erforderliche Sondergutachten

Dem Umweltbericht lagen Ergebnisse von Geruchs-, und Ammoniakimmissionsprognosen sowie Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen und zu Belangen des besonderen Artenschutzes zu Grunde. Zusammenfassend sind diesbezüglich keine negativen Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter zu erwarten.

4. Allgemein verständliche Zusammenfassung

Der bestimmungsgemäße Betrieb der Legehennen-Freilandanlage soll durch ein Bauleitplanverfahren mit Umweltprüfung planungsrechtlich abgesichert werden. Im Rahmen der Planungshoheit der Gemeinde Tützpatz sollen die vorhersehbaren Umweltauswirkungen geprüft und insbesondere negative Einflüsse und Auswirkungen im Interesse einer geordneten städtebaulichen Entwicklung unterbunden werden.

Maßgeblich für die Betrachtungen der Umweltauswirkungen des Vorhabens sind die vorhersehbaren bau- und betriebsbedingten Auswirkungen auf die zu untersuchenden Schutzgüter.

Dem Umweltbericht lagen Ergebnisse von Geruchs-, und Ammoniakimmissionsprognosen sowie Aussagen zu Emission, Immission von Luftschadstoffen und zu Belangen des besonderen Artenschutzes zu Grunde. Zusammenfassend sind diesbezüglich keine negativen Auswirkungen auf die untersuchten Schutzgüter zu erwarten.

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind nach der Prüfung als nicht erheblich zu bewerten.

Eine erhebliche Beeinträchtigung der Umwelt als Summe der beschriebenen und bewerteten Schutzgüter kann nicht festgestellt werden.

5. Anhang